

Bezugspreis:
Wöchentlich 25 Goldplennig voraus zahlbar. Unter Abdruck der Deutschen Reichs-Post- u. Fernsprechanstalt, Österreich, Ungarn, Rumänien, Serbien, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland 1,30 Goldplennig, für das übrige Ausland 1,45 Goldplennig pro Woche. Zusendungen nur gegen wertbeständige Zahlung. Postbezugspreis für Februar 1.— Goldplennig.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Erläuterung und Klärungen“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Lustige Geschichten“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Doppelseite 0,75 Goldplennig, Reklameseite 1,50 Goldplennig. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldplennig (unabhängig vom Wortlaut), jedes weitere Wort 0,10 Goldplennig. Stellenausschreibung das erste Wort 0,10 Goldplennig, jedes weitere Wort 0,05 Goldplennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abnehmer 0,30 Goldplennig. Eine Goldplennig — ein Dollar geteilt durch 1,30.

Wagen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Postamt, Berlin SW 8, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2306-2307

Sonnabend, den 2. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 35 — Bankkonto: Direktion der Postbank-Gesellschaft, Postfach 1000, Lindenstraße 3

England erkennt Sowjetrußland an.

Die Anerkennungsnote in Moskau überreicht. — Englische Zusatzforderungen.

London, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die britische Regierung hat die russische Sowjetregierung formell anerkannt. Der Vertreter Großbritanniens in Moskau hat dies der russischen Regierung am Freitag mit einer Note notifiziert, die folgenden Wortlaut hat:

Ich habe die Ehre, auf Anweisung meiner Regierung Eure Erzählung davon zu unterrichten, daß die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken von ihr als der rechtmäßige Herrscher über diejenigen Territorien des ehemaligen russischen Kaiserreiches förmlich anerkannt wird, die selbst diese Autorität tatsächlich anerkennen. Um jedoch normale Verhältnisse vollständig freundschaftlicher Beziehungen und vollen wirtschaftlichen Verkehr zu schaffen, wird es notwendig sein, endgültig praktische Abkommen über verschiedene Punkte abzuschließen, von denen einige nicht in direktem Zusammenhang mit der Frage der Anerkennung stehen, andere dagegen auf das engste mit der Tatsache der Anerkennung verknüpft sind. Zu dieser letzten Kategorie gehört u. a.

Die Frage der bestehenden Verträge.

Die Regierung Seiner Majestät ist der Auffassung, daß die Anerkennung der russischen Sowjetregierung automatisch — entsprechend den anerkannten Regeln des Völkerrechts — alle Verträge wieder in Kraft setzen wird, die zwischen den beiden Ländern vor der russischen Revolution abgeschlossen wurden, mit Ausnahme derer, die gefährlich wurden oder die auf andere Art ihre Rechtswirkung verloren haben. Es liegt offenkundig im Interesse beider Länder, daß die Lage hinsichtlich dieser Verträge gleichzeitig mit der Anerkennung geregelt wird. Technisch ohne Zusammenhang mit der Anerkennung, jedoch offenkundig von der größten Wichtigkeit, ist die Regelung der bestehenden Forderungen der Regierungen bzw. ihrer Staatsangehörigen eines Landes gegen die des anderen sowie die

Wiederherstellung des russischen Kredits.

Es ist des weitern offenkundig, daß man nicht sagen können, die Beziehungen seien ausschließlich freundschaftlich hergestellt, solange wie die eine Partei Gründe hat, die andere zu verdächtigen, daß sie

Propaganda gegen die eigenen Interessen betreiben, und zwar eine Propaganda, die den Umsturz ihrer Einrichtungen bezweckt.

Unter diesen Umständen ersucht die Regierung Seiner Majestät die russische Regierung, zu möglichst frühem Termin Vertreter nach London zu senden, die mit uneingeschränkter Vollmacht versehen sind, um diese Fragen zu besprechen und die vorläufigen Grundlagen eines vollständigen Vertrages zu entwerfen, um alle zwischen den beiden Ländern noch schwebenden Fragen zu regeln.

Zu gleicher Zeit bin ich bis zur Ernennung eines Botschafters zum Rang eines Geschäftsträgers ernannt worden und beauftragt, zu erklären, daß die Regierung Seiner Majestät sich freuen wird, gleichfalls einen russischen Geschäftsträger als Vertreter der Sowjetunion am Hof von Saint James zu empfangen.

Der Vertreter und neue Geschäftsträger Großbritanniens in Moskau ist Herr Hodgson.

Reuter meldet, die Sowjetregierung habe, wie versaut, die Veröffentlichung abgelehnt, daß die Propaganda gegen Großbritannien eingestellt werden wird.

Die Anerkennung der Sowjetregierung durch die britische Arbeiterregierung ist damit in einer Weise erfolgt, von der man sagen kann, daß sie die alten Bücher nicht abschließt, sondern sie von neuem eröffnet. England hat den Standpunkt aufgegeben, daß vor der Anerkennung der Sowjetregierung die Anerkennung der alten Verbindlichkeiten durch diese erfolgen müsse. Aber es will nach erfolgter Anerkennung der Sowjetregierung über die Anerkennung der Verbindlichkeiten verhandeln. Zugleich verbittet sich England mit großer Entschiedenheit jede Moskauer Einmischung in seine inneren Verhältnisse. England und Rußland sollen nach englischem Willen als gleichberechtigte Mächte miteinander verkehren, doch sind noch große Schwierigkeiten fortzuräumen, ehe von einem englisch-russischen Friedens- und Freundschaftsvertrag gesprochen werden kann.

Reichsbahn und Reichspost.

Ihre wirtschaftliche Umstellung.

Wie durch eine kurze amtliche Meldung über die letzte Kabinettsitzung bereits angekündigt wurde, werden die großen Wirtschaftsbetriebe des Reiches, die Bahnverwaltung und die Post grundlegenden Veränderungen unterworfen und daher wahrscheinlich noch längere Zeit im Mittelpunkt der Erörterungen stehen. Das Reichskabinett plant bekanntlich durch eine Rotverordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Reichsbahn zu einem „selbständigen wirtschaftlichen Unternehmen“ zu machen, das die im Eigentum des Reiches verbleibenden Eisenbahnen betreibt und verwaltet. Dies Unternehmen soll unter dem Titel „Deutsche Reichsbahn“ eine juristische Person darstellen. In welcher Form das geschieht, ist bisher noch nicht mitgeteilt worden. Doch kommt, wie versichert wird, die Form einer Aktiengesellschaft nicht in Frage. Der Wortlaut der Rotverordnung wird erst veröffentlicht, wenn die Ausschüsse des Reichstages und des Reichsrates gehört sind. Bis dahin ist man in der Beträugung der Angelegenheit lediglich angewiesen auf mündliche Mitteilungen, die der Reichsverkehrsminister einigen Pressevertretern gemacht hat.

Der Verkehrsminister legt Wert darauf zu betonen, daß abgibt in einem besonderen Gesetz über die Reichsbahn die Verfassung des Unternehmens im einzelnen geregelt wird. Die Verordnung soll nach seiner Meinung nur für eine Uebergangszeit gelten. Sie stellt das Unternehmen unter die Aufsicht und Leitung des Reichsverkehrsministers, wie bisher, so daß sich an der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit des Ministers gegenüber Reichsregierung und Reichstag nichts ändern würde.

Nach der Reichsverfassung sind bisher schon die „Reichsbahnen als ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen zu verwalten, das seine Ausgaben einschließlich Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld selbst zu bestreiten und eine Eisenbahnrücklage (Reservefonds) anzusammeln hat“. Aber der gleiche Artikel 92 der Verfassung, der diese Bestimmung enthält, setzt voraus, daß der Eisenbahnetat in dem allgemeinen Haushalt und die allgemeine Rechnung des Reiches eingeleitet sind. Durch die Rotverordnung soll die Eisenbahn jetzt tatsächlich aus dem allgemeinen Etat des Reiches herausgenommen werden und nur nach Art des von uns schon besprochenen Reichspostfinanzgesetzes durch eine Art Verwaltungsrat tatsächlich geleitet werden.

Das Unternehmen würde dadurch in die Lage versetzt, trotzdem es Eigentum des Reiches darstellt, nur für Verpflichtungen aus seinem eigenen Betriebe zu haften. Es kann zwar Kredite, Anleihen usw. aufnehmen, aber für diese Kredite würde nicht mehr das ganze Reichsvermögen, sondern nur das Vermögen der Reichsbahn selber als Schuldner in Betracht kommen. Die Verwaltung des Unternehmens würde dadurch, völlig unabhängig von der sonstigen Reichsverwaltung, auch seine Finanzwirtschaft selbständig führen und nur etwaiger Reineüberschuss würde in dem Etat des Reiches in Erscheinung treten. Zuschüsse aus der Reichskasse soll das Unternehmen nicht mehr erhalten, daher dürfen die Ausgaben seine Einnahmen nicht übersteigen, es müßte also in jedem Falle durch die Gestaltung seiner Tarife und durch sonstige Maßnahmen dafür sorgen, daß es keine Unterbilanz hat. Die Mitwirkung der Reichsregierung soll sich beschränken auf die Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung. Bis zur Bildung eines Verwaltungsrates soll sie auch bei Änderung der Normtariffätze mit sprechen können. Reichstag und Reichsrat werden in Zukunft nur noch insoweit mitbestimmen können, als diese Körperschaften den Jahresbericht mit der Bilanz erhalten und ihn einer Besprechung unterziehen dürfen.

Tatsächlich ist die wirtschaftliche „Selbständigmachung“ der Reichsbahn schon mit dem 15. November eingetreten, d. h. mit dem Tage, an dem die Rotenpresse stillgelegt und die Zuschüsse des Reiches eingestellt wurden. Seit dieser Zeit ist die Reichsbahnverwaltung auch ohne Rotverordnung schon darauf angewiesen gewesen, sich selbst zu erhalten. Allerdings war es schwer, die notwendigen Betriebsmittel aufzubringen, besonders die für Bahnbauten usw. notwendigen Gelder sicherzustellen. Zwar hat die Reichsbahn selbst genügend Kredit, aber jede Anleihe, die der Finanzminister für allgemeine Zwecke aufnehmen muß, belastet auch den Kredit der Bahn. Trotzdem ist es bisher gelungen, namhafte Kredite aufzunehmen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Wechselkredite, die in einer bestimmten Zeit abgetragen werden müssen.

Das Verkehrsministerium ist nun der frohen Zuversicht, daß die schwersten Zeiten überwunden seien und daß es gelingen werde, die Eisenbahnen wieder zu einem ertragreichen Unternehmen auszugestalten. Allerdings sind starke Betriebseinschränkungen vorgenommen, die von allen Verkehrsinteressenten unangenehm empfunden werden. Z. B. ist der Nachtverkehr auf den nach Ansicht der Verwaltung minder wichtigen Strecken ebenso wie der Güterverkehr stark eingeschränkt. Im indu-

Poincarés Antwort an Macdonald.

Runde Ablehnung jeden Entgegenkommens.

London, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wie in politischen Kreisen verlautet, ist sich Ramsay Macdonald noch nicht endgültig darüber schlüssig geworden, ob er den Briefwechsel mit seinem französischen Kollegen jetzt veröffentlichten soll oder nicht. Poincaré kommt in seiner Antwort, obwohl diese in den freundschaftlichsten Formen abgefaßt ist, den Wünschen und Absichten Macdonalds nicht einmal auf halbem Wege entgegen. Die Antwort Poincarés wird von einer bekannten politischen Persönlichkeit, die nicht genannt ist, als „schon müde und vorgibt, den Inhalt der Poincaréschen Antwort genau zu kennen, als eine klare Feststellung Frankreichs gekennzeichnet, daß es keineswegs beabsichtigt, irgend etwas, was es jetzt bereits fest in der Hand hält, ohne eine produktive Entschädigung aus den Händen zu geben.“

Folgende Reutermeldung bestätigt die vorstehende Nachricht: Es verlautet, daß Poincarés Antwort sich nicht genügt zeigt, die Politik der Pfänder für Frankreichs Sicherheit und für die Erlangung von Reparationen zu mildern, außer wenn Kompensationen in anderer Hinsicht gewährt werden. Die Antwort ist in freundschaftlichen Wendungen abgefaßt und enthält die Versicherung, daß Frankreich eine Zusammenarbeit zur Lösung der europäischen Probleme wünsche. Es wird erwartet, daß der Briefwechsel zu einer Begegnung der beiden Premierminister Anlaß geben wird.

Der französische Parteitag.

Paris, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Tag des Sozialistischen Parteitags in Marseille war in der Hauptsache der Internationale gewidmet. Die Vormittags Sitzung wurde eingeleitet mit der Verlesung der Begrüßungsgramme der Bruderparteien fast aller Länder, darunter einem Telegramm der deutschen Sozialdemokratischen Partei, das mit starkem Beifall aufgenommen wurde. Ein Telegramm russischer Sozialisten lenkte die Aufmerksamkeit des Parteitags auf die unermessliche Behandlung der politischen Gefangenen.

Aus der Begrüßungsrede Banderolles (über die wir bereits berichteten. Red.) sei noch hervorgehoben: Banderolle erinnerte an die brüderliche Unterstützung, die die belgischen Sozialisten 1921 von den französischen Genossen erfahren haben, um zu verhindern, daß die belgische Arbeiterschaft es als ihre erste Pflicht betrachte, heute, wo die Sozialistische Partei Frankreichs sich in Rot befindet, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Banderolle verdrückte sich jedoch eingehend über

Die tragische Situation des Proletariats Deutschlands.

das von den Komplikationen des internationalen Kapitalismus mehr und mehr zerrieben werde. Er zollte der Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die mit unerhörten Schwereigkeiten zu kämpfen habe und mit wachem Heroismus die Republik und die Internationale gegen den wiedererwachenden Militarismus und das

Abdeutschstum verteidige, rückhaltlose Anerkennung. Auf die Verhältnisse in Frankreich übergehend, mahnte der Redner, mit allen Mitteln nach der Wiedervereinigung der gesamten Arbeiterschaft, nach einer Einheitspartei zu streben.

Robert Williams, der Vertreter der Labour Party, sprach, erfüllt von dem Stolz und der Genugtuung über den gewaltigen Sieg bei den letzten Wahlen. Er erklärte, daß das proletarische und demokratische England aus vollem Herzen eine weitgehende Verständigung mit Frankreich wünsche, unter der Bedingung allerdings, daß diese

Verständigung nicht auf Kosten anderer Völker erfolge.

Paul Faure versicherte in seiner Erwidrerung, daß die Sozialistische Partei Frankreichs ihre Kräfte reiflos in den Dienst der Internationale zu stellen bereit sei. Er unterstrich die vollkommene und rückhaltlose Solidarität der französischen Sozialisten mit der deutschen Bruderpartei. Die vornehmste Aufgabe, die die Internationale zu erfüllen habe, sei der Kampf für den Frieden. — In der Diskussion des Berichts über die Internationale, die einen Teil der Nachmittags Sitzung füllte, wurde verschiedentlich der Wunsch ausgesprochen, daß das Exekutivkomitee der Hamburger Internationale häufiger als bisher zusammenkomme. Der Parteitag beschloß sich sodann mit den Angelegenheiten des „Populaire“, des offiziellen Parteiorgans, das sich in schlechter Finanzlage befindet. Auf dem letzten Kongress von Lille hatten die Delegierten die Aufbringung eines Betrages von 370 000 Frank garantiert. Davon sind bis heute jedoch nur 175 000 Frank tatsächlich eingegangen. Der „Populaire“ ist infolgedessen stark auf die Hilfe der Internationale angewiesen. Die Zahl seiner Abonnenten beträgt nur 6500. Der Straßenverkauf läßt noch immer zu wünschen übrig.

Den Bericht der Kammerfraktion erstattete Leon Blum, dem der Parteitag eine stürmische Ovation bereitzete. Das Hauptproblem der Tagung,

Die Frage der Wahlstaffel.

besprach als erster Redner Compeere-Morel. Ausgehend von der These, daß das wichtigste Ziel des Kampfes die Niederlage des Nationalen Blodes sein müsse, wies er nach, daß mit dem von den Kommunisten vorgeschlagenen Bloch der Arbeiter und Bauern dieses Ziel nicht erreicht werden könne. Ein Kartell mit den anderen Parteien sei nicht zu umgehen. Jede Vereinbarung dieser Art müsse sich auf die Wahlkampagne selbst beschränken. Von der Aufstellung eines gemeinsamen Programms oder gar von einem späteren Zusammengehen könne nicht die Rede sein. Grundbach ist der Auffassung, daß man um die Frage eines Zusammengehens mit anderen Parteien auf die Dauer nicht herumkomme. Er verweist auf die Entwicklung in anderen Ländern überall da, wo die Sozialdemokraten an Terrains gewinnen, werde früher oder später die Frage der Uebnahme der Regierung auf.

In der Freitag-Vormittags Sitzung kam zunächst die mittlere Richtung zu Wort. Coiffan brachte einen Antrag ein, den lokalen Organisationen weitestgehende Freiheiten in bezug auf Wahlvereinbarungen zu lassen. Der Antragsteller unterstrich, daß der Parteitag die Lösung dieser Frage nur einstimmig erledigen dürfe. — In der Fortsetzung der Diskussion forderten die folgenden Redner zum Zusammenschluß mit den demokratischen Parteien der Linken auf.

strecken Sachse n z. B. sind täglich 70 fahrplanmäßige Güterzüge ganz weggefallen, trotzdem der Güterverkehr sich um rund 20 Prozent gesteigert hat. Durch solche Beschränkung ist es möglich gewesen, etwa 1000 Rangiermaschinen außer Betrieb zu setzen und die dafür notwendigen Kohlen zu ersparen.

Der Gütertarif ist bekanntlich schon um 8 Prozent herabgesetzt und weitere Herabsetzungen werden erwogen. Dafür aber will man die Perzententaxe erhöhen, und zwar, da die 1. und 2. Klasse fast ganz verdrängt sind, die einzigen ertragreichen Klassen, die 3. und 4., nicht unwesentlich im Preise heraufsetzen. Zum Ausgleich sollen dann die Tarife für die beiden „vornehmen“ Klassen ermäßigt werden, um den internationalen Verkehr nicht von Deutschland fortzutreiben. Das Verkehrsministerium ist sogar der merkwürdigen Auffassung, daß ein solcher Ausgleich „nicht antisozial“ wäre. Zwar sind die Preise für 3. und 4. Klasse bisher schon teilweise höher als in der Vorkriegszeit, aber dafür sind die Einkommen derjenigen Bevölkerungsschichten, die für diese Klassen als Fahrgäste in Frage kommen, um so viel niedriger geworden, wie die Reichsbahn ja bei ihren eigenen Arbeitern und Beamten feststellen kann. Wenn man daher ihnen auch noch das Reisen verteuert, so ist das nach Ansicht des Verkehrsministeriums nicht etwa antisozial, sondern wahrscheinlich noch eine große soziale Errungenschaft!

Im Gegensatz zum Reichsverkehrsministerium, das die Umgestaltung der Bahnverwaltung mittels Notverordnung durchzuführen will, hat das Reichspostministerium den gesetzmäßigen Weg beschritten und durch Vorlage eines Postfinanzgesetzes das gleiche Ziel zu erstreben gesucht. Mit diesem Gesetz wird sich normalerweise der Reichstag zu beschäftigen haben, und bei der allgemeinen Strömung zweifeln wir nicht daran, daß es im wesentlichen unverändert die verfassungsmäßige Genehmigung erhält. Für den Verwaltungsausschuß der Reichspost sind nicht, wie in einer Vorstudie mitgeteilt war, 17, sondern 25 Mitglieder vorgesehen. Außer den 8 Vertretern, die der Reichspostminister vorschlägt, dem Vertreter des Finanzministeriums und den je 4 vom Reichsrat und Reichstag vorgeschlagenen Mitgliedern sollen weitere von der Wirtschaft — wahrscheinlich durch den Reichswirtschaftsrat — vorgeschlagen und auch einige Vertreter der Postbeamten und -arbeiter in den Verwaltungsrat berufen werden. Der in der Reichsverfassung vorgesehene Vertreter beim Reichspostministerium, der gegenwärtig etwa 70 Mitglieder umfaßt, soll allerdings nicht dauernd beibehalten werden. Die Postverwaltung ist augenblicklich in der Lage, daß sie ihren Betrieb ohne Zuschüsse aufrechterhalten kann. Aber diese günstige Tatsache ist nur dadurch ermöglicht worden, daß die Gehälter und Löhne so unendlich erniedrigt sind, daß Beamte und Arbeiter tatsächlich die Sanierung fast allein zu tragen haben, ein Zustand, der nicht für die Dauer bestehen bleiben kann.

An sich ist die beweglichere Gestaltung der großen Wirtschaftsbetriebe zu begrüßen. Aber die Formen, unter denen die völlige Umwandlung geschieht, müssen doch von der Gesetzgebung auf normalem Wege beschlossen werden. Deswegen handelt das Postministerium durchaus korrekt, wenn es seine Pläne in einem Gesetzentwurf zusammenfaßt und dem Reichstag vorlegen läßt. Das Verkehrsministerium hingegen, das erst durch die Notverordnung so tiefgreifende Änderungen herbeiführt, um dann auf ein späteres Gesetz zu verweisen, handelt gegen Buchstaben und Geist der Verfassung, auch wenn es von den besten Absichten geleitet wird.

Bürgerliche Steuerföhen.

Der Staatsrat lehnt die Grundsteuer ab.

Die Deutschnationalen haben im Landtag mit verbissener Wut gegen die Grundsteuer angefaßt. Sie haben dabei leider auch die Unterstützung großer Teile des Zentrums gefunden. Der Landtag mußte bei der rechtlichen Sachlage zunächst die Notverordnung der Staatsregierung genehmigen

und beschloß außerdem nach langen Verhandlungen eine Reihe von Ermäßigungen, die Minderbemittelten und in der Landwirtschaft namentlich dem kleineren Besitz zugute kommen soll.

Der Landtag hatte kaum die Steuern verabschiedet, als schon die Attacke im Staatsrat fortgesetzt wurde. Diesmal fanden die Deutschnationalen Unterstützung bei ihren volksparteilichen Bundesbrüdern, mit denen sie im Staatsrat merkwürdigerweise zu einer Fraktion der sogenannten Arbeitsgemeinschaft verbunden sind. Während im Landtag der volksparteiliche Finanzminister von dem Führer der Volkspartei, Dr. Leidig, bei seinem Kampf um die Durchsetzung der Grundsteuer energisch unterstützt wurde, fallen die Volksparteiler im Staatsrat ihren eigenen Regierungsmitgliedern in den Rücken. Das ist freilich nicht das erste Mal. Aber die Grundsteuerfrage ist keine belanglose Nebensache. An ihr hängt das Schicksal der nächsten Zukunft.

Diese ganze Bosheltpolitik der vereinigten Volksparteiler und Deutschnationalen im Staatsrat ist zunächst vollkommen sinnlos. Die Notverordnung der preussischen Regierung über die Grundvermögenssteuer wird dadurch nicht außer Kraft gesetzt. Sie bleibt zunächst bestehendes Recht. Außer Kraft gesetzt werden nur die Ermäßigungen, die die Koalitionsparteien im Landtag in Übereinstimmung mit dem Staatsministerium beschlossen hatten und die mit Wirkung vom 1. Februar ab in Kraft getreten wären. Der Einspruch des Staatsrates wird zweifellos beim erneuten Zusammentritt des Landtages nach dem 19. Februar durch erneute Annahme der gestern beschlossenen Novelle zur Grundsteuer hinfällig werden. Im Ernst können daran auch die deutschnationalen Demagogen nicht zweifeln. Wenn aber die Ermäßigungen im Landtag erst nach dem 19. Februar durch zweite Abstimmung Gesetz werden können, so wird die Steuererhöhung für den Monat Februar nicht mehr rückgängig zu machen sein. Die einzige Folge dieser deutschnationalen Attacke gegen die verbotene preussische Koalitionsregierung ist also Aufrechterhaltung der Belastung in der gegenwärtigen Höhe auch für den kleineren landwirtschaftlichen Besitz für den Monat Februar.

Die Sitzung des Staatsrats.

Der Preussische Staatsrat trat gestern zu einer Besetzung zusammen. Es wurde beschlossen, gegen das Gesetz über die Festsetzung des Wahltages für die allgemeinen Gemeindevahlen Einspruch nicht zu erheben.

Darauf begründete Graf zu Ranzau-Rastorf (Abtögem.) die förmliche Anfrage über die Anerkennung der gegenwärtig deutsch-dänischen Grenze durch die Sozialdemokratische Partei. Er wies darauf hin, daß die Sozialdemokratie durch ihr Verhalten aus der Einheitsfront gegen die dänische Propaganda ausscheide. Die Angelegenheit interessiere den Staatsrat nur, weil Ministerpräsident und Minister des Innern in Preußen Sozialdemokraten seien. Daß die Grenze geographisch sei, sei zweifellos. Bereinigt sei sie aber nicht, sondern beruhe auf dem Versailler Friedensvertrag. Die Abstimmung sei ein Hohe auf das Selbstbestimmungsrecht gewesen, weil sie unter den Bannnetzen der Franzosen und en bloc erfolgte. Chauvinismus und Sredentismus herrschten nur auf dänischer, nicht auf schleswig-holsteinischer Seite. Verlangt werde nicht und könne nicht verlangt werden eine Veränderung der Grenze mit den Waffen. Ja verlangen sei aber auf vertragliche Weise eine neue Abstimmung unter richtiger Anwendung des Selbstbestimmungsrechts. Dann würden uns jedenfalls rein deutsche Gemeinden wieder zufallen. Hoffentlich haben wir die Staatsregierung bei unserer Stellungnahme zur Seite. Von der Kraft dieser Unterstützung hängt es ab, ob wir den preussischen Geist in Schleswig-Holstein erhalten und den Partikularismus bekämpfen können.

Brauer (Soz.) wies die Angriffe gegen die Haltung der Sozialdemokraten zurück und hob hervor, daß die deutschen Sozialdemokraten an der dänischen Grenze sich an Vaterlandsliebe von niemand übertressen ließen. Die Verdrängung in einem dänischen Staat sei unbefugt und unzutreffend gewesen.

Damit war, da von der Regierung das Wort nicht genommen wurde, die Anfrage erledigt. Die nach auf der Tagesordnung stehende Grundvermögenssteuer sowie die Beratung über die dazu gestellten Entwürfe wurde vertagt.

Später trat der Staatsrat erneut zusammen und erhob mit 35 Stimmen (Arbeitsgemeinschaft) gegen 5 Stimmen des Zentrums und der Demokraten bei Abwesenheit der Sozialdemokraten Einspruch gegen die Grundsteuerbeschlüsse des Landtages.

Der Notenkrieg Berlin-Weimar.

Justiz und Militär im Fall Hermann.

Das Reichswehrministerium veröffentlicht folgendes: Die thüringische Regierung hat der Presse einen Brief an den Reichswehrminister über ein angebliches Eingreifen des Generals Hoffe in das Verfahren gegen den Minister Hermann übergeben. Sie hat bei diesem Brief ebenso wenig wie bei den anderen Schreiben, mit denen sie in den letzten Tagen in die Öffentlichkeit trat, es für nötig gehalten, die Sachlage vorher in lokaler Zusammenarbeit mit dem Befehlshaber zu klären; sie hat mit der Veröffentlichung auch nicht, wie das sonst üblich ist, gewartet, bis ihr Brief einen Adressaten erreicht hat, ein Zeichen, daß es ihr bei dieser ganzen Flucht in die Öffentlichkeit weniger darauf ankam, sachliche Klärungen herbeizuführen, als vielmehr für sich propagandistisch zu wirken.

Sachlich entbehrt auch dieser letzte Angriff gegen den General Hoffe jeder Berechtigung. Das erwähnte Schreiben an den Untersuchungsrichter enthält lediglich einen Hinweis darauf, daß dem Befehlshaber zu Ohren gekommen sei, daß Minister Hermann der schwerer amtlicher Verletzungen beschuldigt war, in der Hoffe amtliche Vorträge entgegenzunehmen und dienstliche Angelegenheiten bearbeiten dürfe. Hier einzugreifen war der Befehlshaber als Inhaber der vollziehenden Gewalt, dem insbesondere alle polizeilichen Angelegenheiten zufallen, nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. Auf die weiteren ungeheuerlichen Ausfälle der thüringischen Regierung einzugehen, wird sich der Reichswehrminister verjagen; er hat vielmehr das ganze Material über die Angelegenheit Hermann dem Reichsjustizminister übergeben.

Also, wenn die Sache an den Emminger geleitet ist, dann ist sie in guten Händen! Und die thüringische Regierung hätte sich nur mit dem General „loyal zu verständigen“ gebraucht, dann wäre alles in bester Ordnung. Da sie das nicht getan hat, ist sie das Karnikel.

Fatal für Herrn Gehler ist nur, daß es kein Sozialdemokrat, sondern sein Parteigenosse, der Generallstaatsanwalt Oberländer, ist, der sich mit einer Beschwerde über militärische Einmischungen in das Verfahren gegen Hermann an das Justizministerium in Weimar gewendet hat. Fatal ist für ihn ferner ein Protokoll, aus dem hervorgeht, daß der juristische Berater des Generals Hoffe, der Heeresanwalter Rotermund, die Presse gegen den Generallstaatsanwalt und gegen die Uebernahme der Sache Hermann durch diesen mobil gemacht hat.

Hat vielleicht auch der Generallstaatsanwalt Oberländer „propagandistische“ Absichten? Oder kommt es ihm nicht darauf an, einem Zustand ein Ende zu machen, den er, ein rechter Justizbeamter, als eine Schweinerei empfindet?

Spaltung in der Deutschen Volkspartei.

Halle, 1. Februar. (H.) Wie die „Halleische Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle hört, sind im 12. Wahlbezirk (Halle-Merseburg) Verhandlungen im Gange, die Nationalliberale Partei wieder ertleben zu lassen. Das Programm soll sich in nationalen und anderen Fragen stark an das deutschnationale Programm anlehnen, wie überhaupt ein engeres Zusammengehen mit der Deutschnationalen Partei geplant sein soll. Die neue Partei will bei der kommenden Reichstagswahl mit einer eigenen Liste hervortreten. Damit würde gegen den bisherigen Vertreter, den volksparteilichen Abg. Dr. Cremer, ein Gegenkandidat aufgestellt.

Die Abgebauten.

Von einem Abgebauten.

„Steh da, Freund Karl, sehen wir uns endlich mal wieder? Aber wie schaut du aus: Das starre Auge, die Barttracht!“

„Wie so?“

„Na, erlaube mal. Wer trägt denn heut noch einen solchen Vollbart! Du als korrekter Beamter! Bist du denn im Bureau damit gebüdet?“

„Ein Geständnis, Fritz: Ich bin unten durch, siehe auf dem Trockenen, gehöre zu denen, die auf Grund der Personalabwerrordnung rausgeschoben sind. Aber du dringst mich auf etwas. Sollte wirklich mein Bart ...“

„Stehst du, jetzt kommst du selbst darauf.“

„Aber ich habe mich doch immer gegen die Wondungen der Mode gewendet. Weder die Koteletten der ersten, noch den Hahnbart der zweiten wilhelminischen Periode habe ich mitgemacht. Aber auch gegen die „republikanischen“ Drecksprizer unter der Nase sträube ich mich aus ästhetischem Gefühl.“

„Du bist der Individualist, der „Edelmannsdiest“ geliebt.“

„Im äußeren bin ich doch aber Märgel, ich erinnere dich an den herrlichen Bart von Karl Marx. Du gehst natürlich mit der Waffe.“

„Man muß sich anzupassen verstehen. Männlicher als ich schaut du aus, das muß ich sagen. Aber das starre Auge ...“

„Ein weiteres Geständnis, Fritz: Ich muß den Dösig-Verblödeten markieren!“

„Was?“

„Höre: Trotz meines vorgeschrittenen Alters fühle ich mich noch ganz gut in den Gräten. Ich brauche aber ein ärztliches Mittel, um aus einer Kasse, zu der ich jahrzehntelang Beiträge geleistet, zu der lärglichen Pension eine lärglichere Rente beziehen zu können. Und zwar Invalidenrente, Altersrente gibt es nicht.“

„Aber darum Verblödetung?“

„Geduld. Ich gehe zu unserem gemeinsamen Jugendfreunde Heinz, der als Arzt sich übrigens auch zu den Abgebauten zählt. Freudig empfängt er mich: „Wie geht es dir? Kommst du als Freund und Patient zu mir, dann sei doppelt begrüßt.“

Ich fühle mich kerngesund, muß aber Invalid sein. — Ich schildere ihm die Sachlage.“

„Das werden wir bald kriegen. Entblöße den Oberkörper. — Er knipst, horcht, gibt sich die größte Mühe ...“

„Ich finde nichts. Du bist nicht der Stärkste, aber wenn alle in deinem Alter körperlich so intakt sind, können sie freuzbergig sein.“

„Ich muß aber ein Mittel finden, daß ich Zweidrittel erwerben kann. Wache dir keine Strupeln, es ist nur Formsache.“

„Aber was soll ich beschreiben? Holt, ich hab's! Wie ist's da oben?“

„Was meinst du?“

„Leidest du nicht an modernen Blähungen? Ich meine die Folgen der Jährenmuster unserer Hauptinflationszeit?“

„Ich muß gestehen ...“

„Stehst du gibt es zu. Also erstes Stadium der Verblödetung.“

„Ich nee ...“

„Laß mich nochmals in deine Augen sehen. Bitte Pupille! — Ich kann jetzt mit gutem Gewissen behaupten, daß du nicht mehr in der Lage bist, den geistigen Anforderungen der heutigen Zeit gerecht zu werden. — Hier das gewünschte Mittel. Nur suche in diesem Stadium zu beharren, du gefährdest sonst deine Rente.“

„Ich werde mir die größte Mühe geben, den Verblödeten weiter zu markieren.“

„Nun kennst du meinen Zustand, Fritz. So erzieht der Staat seine Angestellten zu Huchlern! Du kannst sorglos in die Zukunft blicken bei der festen Position in deiner Gewerkschaft. Du suchst? Bist du auch etwa ...“

„Abgebaut, jamohl. Auch die Gewerkschaften müssen sich einschränken. Nur mit dem Unterschied, daß wir freiwillig auf unsere Posten verzichten.“

„Ihr habt was ja immer durch Großzügigkeit beschämt. Du bist nun ein ganz freier Mann ...“

„Jamohl, und singe:“

Schnür den Panzen, schnür den Knagen
Immer enger, fester zu.
Seh' ich dann weiße Mäuse tonzen,
Hat die liebe Seele Ruh.“

„Hätte ich nur deinen Humor. Was sagt denn deine Frau dazu?“

„Sie hofft, mich mit Hilfe der abgebauten Monatsrate von meiner Freß- und Fettsucht zu heilen. An sich selbst denkt das brave Weib zuletzt! Und die deine?“

„Sie jammert und klagt, aber ich werde sie damit zu trösten suchen, daß es Euch auch nicht besser geht.“

„Mein Beileid zu einem solchen Trost. Ich habe aber noch eine Hoffnung: daß die Entblödetenliste bei uns Leiden alle schlechten Bestandteile abhöst und wir einer Aufwertungsperiode mit neuem unerwarteten Schoßentrieb entgegengehen.“

„Also ein Extra-Jugendtrieb?“

„So ist es! Leb wohl, Karl. Auf Wiedersehen in neuer verjüngter Gestalt.“

Cudwig Barnay gestorben. Im Alter von 81 Jahren ist Ludwig Barnay, der Rektor der deutschen Bühnenkunst, in Hannover aus dem Leben geschieden. Mit ihm ging einer der bekanntesten Sterne dahin, die jemals am deutschen Bühnenhimmel leuchteten. Als Darsteller einst vielfach bewundert und umstritten, hat Barnay die berühmten Gesspielreisen der Meininger mitgemacht und so an fast allen größeren deutschen Bühnen gastiert. Auch als Bühnenleiter war er lange Zeit tätig, u. a. als Direktor des Berliner Theaters von 1888—1894, später Intendant in Wiesbaden

und Hannover. Noch in hohem Alter trat er gelegentlich wieder auf die Bretter, trotzdem er sich schon vor Jahren zur Ruhe gesetzt hatte. Unvergängliche Verdienste hat sich Barnay um die soziale und wirtschaftliche Erhaltung des Schauspielereberufs erworben. Er gab die erste Anregung zur Gründung der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, die 1871 ins Leben trat und sich im Laufe der Jahre zu einer blühenden und einflussreichsten Organisation entwickelte. Die Genossenschaft sowohl wie der Deutsche Bühnenerverein führten ihn als Ehrenmitglied. Im wilhelminischen Zeitalter wurde er mit früheren Ehren reich bedacht. Mit der Neugestaltung Deutschlands hat sich der Alte daher nicht mehr befreunden können.

Barnay war — wie so viele seiner Berufsgenossen, die später Zwerden ihres Hochs wurden — ursprünglich zu etwas ganz anderem bestimmt. Er war von seinem Vater, dem Sekretär der israelitischen Gemeinde in Pest, zu einem Baumeister in die Lehre gegeben worden. Aber sein angeborenes Talent brach immer wieder durch, und trotz aller anfänglichen Mißerfolge und nach längerer Wehzeit bei Wanderruppen schloß er sich schließlich durch und überwand auch den Widerspruch seiner Familie. Auf vielen deutschen Bühnen zeigte er dann seine Meisterhaftigkeit in der Darstellung starker männlicher Charaktere. Am 1. Mai 1874 trat er (mit den Meininger) zum erstenmal in Berlin auf im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater.

Sein Marc Anton eroberte ihm mit einem Schlag Berlin. Von 1875—1881 leitete er das Hamburger Stadttheater und gastierte dann im Auslande, auch in Amerika. Erst von 1883 an ist er mit Berlin dauernd verbunden. Er war der Mitbegründer des Deutschen Theaters, das die hervorragendsten deutschen Schauspieler als Sogeleittheater eröffneten. Aber im nächsten Jahre schied er bereits wieder aus. 1888 übernahm er das Berliner Theater in eigener Direktion, und nun begann die Stanzzeit dieser Bühne. Im klassischen Drama wie im modernen Schau- und Lustspiel erfocht er mit seinen Künstlern, in deren Mitte er selber spielte, Triumphe. Von 1894 an war er wieder im Auslandsgastspiel tätig, wo er deutsche Schauspielkunst populär machte. Barnay wird als Mitbegründer des modernen realistischen Stils, der den pathetisch-detaillierenden abkloste, in der Geschichte der Bühnenkunst weiterleben. Obwohl er zu den Höben seiner Kunst aufstieg und lange Zeit auch Theaterleiter war, ist er den Idealen seiner Jugend treu geblieben: er ist immer der treue Eckpfeiler der Bühnengenossenschaft geblieben, die auf seine Anregung hin im Juli 1871 in Weimar beschlossen wurde.

Morrell Salzer gibt am 9., 10., 12., 14., 16., 17. Februar im Schiller (aal) (am Rhein) sechs „Letzte Abende“ mit neuen hitteren Vorträgen. Als in dies in diesem Winter sein einziges Kulturereignis in Berlin. Im Zentralklub für Erziehung und Unterricht findet eine neue Folge englischer Sprechende von Prof. Hamer statt. Freitag von 5—6, über „Neue politische Strömungen in England“. Dienstag von 5—6, über „Den englischen Roman der Gegenwart“. Preis für 5 Abende 5 Mk.

Freie Bahn für die Presse. Die Diskussionsgruppe Berlin des Schugverbandes deutscher Schriftsteller meubelt sich in einer Erklärung mit dem Reichstag gegen das Verbot ganzer Verlage um deren politischer Tendenz willen, gegen die Schließung von Buchhandlungen, gegen die (in Hamburg vorgekommene) Ausschaltung literarischer Erzeugnisse. Sie hebt darin, ohne in eine parteipolitische Beurteilung des Zustandes einzutreten, eine rückwärtslose und kurzfristige Schädigung des wirtschaftlichen und geistigen Interesses des deutschen Schrifttums.

Vor Lössows Rücktritt.

München, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) An dieser zuständigen Stelle wird bestätigt, daß der Rücktritt des Generals v. Lössow vom Kommando des Wehrkreises VII (Bayern) nunmehr eine feststehende Tatsache ist. Ungeklärt ist aber noch die Frage des Rücktritt-Termins. Offenbar will Ministerpräsident Brüning „seinem“ Landeskommandanten insoweit entgegenkommen, als er ihm selbst die Wahl dieses Termins überläßt. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß Lössow weniger aus eigenem Entschluß, sondern auf wiederholtes Drängen höchster bayerischer Gewalten zu seiner „Rücktritt“ gekommen ist. In jenen kritischen Tagen vor drei Monaten hat er öfter der bayerischen Regierung seinen Rücktritt angeboten, wurde aber jedesmal dringend ersucht, sein Amt weiterzuführen. Da Lössow durch seine enge Verbindung mit Kahr eine entscheidende Rolle im Hülferprozeß spielen wird, so hängt die Frage des Rücktritt-Termins zweifellos mit dem Verlauf und Ergebnis dieses Prozesses zusammen.

Sozialdemokratische Angriffe auf Kahr.

München, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Freitagssitzung des Landtages hielt der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Saenger, noch einmal eine gründliche Abrechnung mit der seit vier Jahren betriebenen Regierungspolitik in Bayern. Dabei beauftragte er vor allem auch, wie die bayerische Justiz immer mehr mit zweierlei Maß mißt, weil die gesamte bayerische Justiz in den Strudel der Politik und der politischen Machtverhältnisse mit hineingerissen worden ist. Die Staatsanwälte haben auf Grund der politischen Machtverhältnisse das Gefühl dafür verloren, gleiches Recht für alle anzuwenden. Die Unwahrscheinlichkeit und Unrechtheit der bayerischen Politik begann damit, daß die Rechtsparteien die Hakenkreuzler großzügig hielten, dieselben Leute, die heute Bayern in den Strudel der Unordnung, wo niemand mehr seines Lebens sicher ist, hineingezogen haben. Dafür ist charakteristisch, daß Kochner vor dem Untersuchungsrichter sagen konnte: „Jawohl, ich habe Hochverrat begangen, genau so wie Kahr, Lössow und Seiger. Weitere Angaben mache ich nicht, denn in sechs Monaten werden wir so weit sein, wie wir Völkchen wollen.“ — Aus diesen Tatsachen und Verhältnissen heraus ist klar zu sehen, daß die bayerische Regierung und die sie stützenden Parteien den Fluch ihrer bösen Tat erst noch ernten werden. Eine staatspolitische Gesundung ist erst möglich bei einer Abkehr von der Reichsde Kahr und bei einem Verzicht auf den größtmöglichen bayerischen Partikularismus.

München, 1. Februar. (W.Z.) Das in Oberberg erscheinende deutschbaltische Blatt, „Der Oberbayer“, der seit dem 23. November 1923 verboten war, erscheint wieder.

Die sachverständigen Offiziere.

München, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Auftrage des Bayerischen Brauerbundes sprach kürzlich eine Kommission unter Führung des Nittardberger Kommerzienrats Reif beim Generalsstaatskommissar vor, um darzulegen, weshalb der Bierpreis nicht gesenkt werden könne. Man wies die Abwertung an den Oberkellern Fortner als Sachverständigen, der sie anhörte und kurzerhand die Ausführungen Reifs als Schwindel erklärte. Reif verbat sich dies unter Hinweis auf seine Stellung als Vertreter des Brauerbundes. Ein Wort gab das andere, und es bestand Gefahr, daß Kommerzienrat Reif das Generalsstaatskommissariat nicht mehr hätte verlassen können. In dieser Not kam ihm der rettende Einfall, daß er Rittermeister a. D. der Landwehr sei, und er stellte sich als solcher vor. Sofortiger Szenenwechsel! Freundliche Erklärungen an den Herrn Kameraden und alles, was die Vertreter des Brauerbundes verlangt hatten, wurde im Namen des Generalsstaatskommissars genehmigt.

Der neue Kommunistentkurs.

Eine sozialdemokratische Versammlung gesprengt.

Der Sozialdemokratische Bezirksverband Groß-Berlin hatte am Freitagabend eine öffentliche Versammlung nach der Brauerei Königstadt einberufen. Der große Saal war überfüllt. Zweck der Versammlung war, Protest zu erheben gegen die Herrschaft der Militärdiktatur in Sachsen und Thüringen. Unter den Versammlungsbesuchern befand sich eine anscheinend nicht an Zahl, sicher aber an Großmäuligkeit und Rabaukluft starke Winberheit. Unmittelbar nach Eröffnung der Versammlung, als dem Genossen Crippien des Wort zu seinem Referat erteilt war, ging der Rabau los. Ein Vorkämpfer der kommunistischen Störenfriede verlangte für den Referenten beschränkte Redezeit, für seine Genossen aber unbeschränkte Diskussionsfreiheit. Diese Unverschämtheit lehnte der Leiter der Versammlung, Genosse Liedtke, natürlich ab. Er sicherte aber jedem volle Diskussionsfreiheit zu. Nun machte aber die rabaukluftige Winberheit einen Tumult, der es dem Genossen Crippien unmöglich machte zu sprechen. Es war klar, daß es den Kommunisten von vornherein um nichts anderes zu tun war, als unsere Versammlung zu sprengen. Nachdem der wüste Rabau eine halbe Stunde gedauert hatte und jeder Versuch, zu geordneten Verhandlungen zu kommen, vergebens war, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Der wüste Barr ging noch eine Zeitlang weiter, dann stürmte ein Haufen der Kommunisten die Bühne, schlug mit Stühlen auf unsere Genossen ein und versuchte nun selbst eine Versammlung abzuhalten. Schließlich wurde aber der Saal durch die vom Wirt herbeigerufene Polizei geräumt.

So hat also ein Häuflein rabaukluftiger Kommunisten wieder einmal eine Protestversammlung gegen die Militärdiktatur verhindert und dadurch den Reaktionen aller Schattierungen die größte Freude bereitet.

Der Attentatsplan gegen v. Seekt.

Die Voruntersuchung gegen Dr. Grandel und Thormann konnte bisher noch nicht abgeschlossen werden, da in den letzten Tagen noch weitere wichtige Zeugenvernehmungen notwendig geworden waren. Vor allen Dingen hat man sich an den zuständigen Stellen mit Ermittlungen darüber bemüht, zu welchen Akteisen die beiden Verhafteten in der letzten Zeit in Beziehungen standen. Wie bereits gemeldet, hat sich Dr. Grandel insbesondere in der nationalen Arbeiterbewegung Bayerns betätigt, einer „Mischung“, die keineswegs mit der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei identisch ist. Wie verlautet, soll Grandel auch dem früheren Polizeipräsidenten von München, Böhner, der sich jetzt unter den Angeklagten im Lubendoff-Hiller-Prozeß befindet, nahegekommen haben. Als Vertreter dieser nationalen Arbeiterbewegung hat Grandel auch an der Organisierung des Ruhrwiderstandes mitgewirkt.

Ueber Thormann werden neuerdings Nachrichten verbreitet, die geeignet sind, seine Verunsicherung in einem immer weniger günstigen Lichte erscheinen zu lassen. In unterrichteten Kreisen und, wie wir erfahren, auch an unabhängigen Stellen, hat man aus bestimmten Anzeichen heraus den Verdacht, daß Thormann auch Beziehungen zu Agenten der französischen Regierung (!) unterhalten hat. Sollte sich dieser Verdacht bewahrheiten, dann würde dieser Umstand dem Attentatsplan gegen den Führer der deutschen Wehrmacht in einem neuen recht eigenartigen Lichte erscheinen lassen.

Wilson im Sterben.

Washington, 1. Februar. (W.Z.) Der Zustand Wilsons, der seit einigen Tagen erkrankt ist, hat sich wesentlich verschlechtert.

Nach den hier veröffentlichten ärztlichen Berichten nahm das Befinden Wilsons nach einer kassatischen Nacht eine Wendung zum Besseren. Die Kräfte schwinden, der Zustand ist sehr ernst.

Washington, 1. Februar. (W.Z.) Der ehemalige Vorsitzende des Demokratischen Nationalkomitees, Senator Mc Cormick, sagte beim Verlassen des Hauses Wilson, es bestehe wenig Hoffnung für den vormaligen Präsidenten, der Tod könne jeden Augenblick eintreten.

Parlamentssturm in Tokio.

Das Vorspiel der Auflösung.

Tokio, 1. Februar. (Reuter.) Im Parlament ist es zu erregten Szenen gekommen. Die Opposition des Unterhauses beschuldigt die Regierung, sie sei an dem Attentat gegen den Eisenbahnjung, in welchem sich Mitsukabe der Opposition befand, beteiligt. Als der Eisenbahnminister antworten wollte, kürzten sich drei Eindringlinge auf den Präsidenten und trieben ihn aus dem Saal. Es folgte eine schwere Prügelei, die mit Faustn und Flaschen ausgefochten wurde. Die Sitzung wurde aufgehoben. Denn machte der Ministerpräsident die völlig unerwartete Mitteilung von der Auflösung des Hauses.

Tokio, 1. Februar. (W.Z.) Die Regierung veröffentlicht folgendes Kommuniqué: Nachdem die Oppositionsparteien einstimmig beschlossen hatten, das Ministerium zu stürzen, wodurch eine ernste Krise sowohl in der inneren als auch in der äußeren Politik geschaffen worden wäre, sieht sich die Regierung gezwungen, in der sicheren Annahme, daß die Bevölkerung damit einverstanden ist, das Parlament aufzulösen. Die Auflösung hat zu zahlreichen Protesten der Oppositionsparteien Anlaß gegeben, die sofort zusammengetreten sind.

Vertrauensvotum für Poincaré.

Und Schieberbedeckung durch die Kammermehrheit.

Paris, 1. Februar. (W.Z.) Kammer. Auch heute verhandelte die Kammer über den Gehentwurf betreffend die Revision der Wiederaufbauentscheidungen. Nachdem gestern Art. 3 angenommen worden war, der die Revision sämtlicher Entschädigungen von einer Kommission vorwärts schiebt, so weit sie nicht dem Schlichtungsausschuss vorgelegt haben, stellt heute der Abg. Desjardins einen Zusatzantrag, wonach allen Entschädigten, die bei der Abschätzung zu kurz gekommen zu sein glauben, ein Anspruch auf Revision zuzulassen soll. Der Antrag wird jedoch zurückgezogen, nachdem von dem Abg. Schmidt eine andere Zusatzbestimmung vorgeschlagen war, die allen Entschädigten Anspruch auf Revision gewährt, falls sie für den Wiederaufbau Ausgaben gemacht haben, deren Betrag ihre Entschädigung übersteigt.

Ministerpräsident Poincaré verlangt die Ablehnung dieses Antrages. Er spricht von der Obstruktion und weist darauf hin, daß die Kammer über angebliche Unregelmäßigkeiten im Entschädigungsverfahren verhandelt, um die Kosten der Steuerzahler nicht zu vermehren. Nun solle auf einmal den Geschädigten — und es gebe deren 2½ Millionen — freigegeben werden, die Revision zu ihren Gunsten zu verlangen. Die Kammer lehnt darauf mit starker Mehrheit den Antrag Schmidt ab. Angenommen wird eine Bestimmung, nach der die mit der Revision betrauten Schlichtungsausschüsse binnen einem Jahre Entscheidungen treffen und mit den höchsten Entschädigungsbeträgen den Anfang machen müssen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte lehnt die Kammer, nachdem der Ministerpräsident die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 364 gegen 207 Stimmen einen Zusatzantrag des früheren Ministers Klotz ab, durch den allgemeine Nachprüfung aller Kriegslieferungen verlangt wird.

Das sinkende Pfalzpiratenschiff.

Auch Herr Tirard geht von Bord.

London, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer offiziellen Meldung aus Koblenz verlässt hier, daß die Rheinlandkommission in der am 31. Januar stattgefundenen Sitzung beschlossen hat, die Frage der Verordnungen der sogenannten autonomen Pfalzregierung auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Tatsächlich besahe sich die separatistische Regierung in der Pfalz ebenso wie ihre Vorgänger im anderen Teil des Rheinlandes jetzt im Stadium des Zusammenbruchs. Es hefte weiter die Ansicht, daß die Wiederkehr von normalen Zuständen in der Pfalz am besten beschleunigt werden könne durch die Wiedereinsetzung der eigentlichen Verwaltung und der lokalen Behörden in ihre Machtbefugnisse.

Elise fährt nach München zurück.

London, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der britische Generalkonsul in München, Elise, hat sich, nachdem er der Regierung schriftlich und mündlich über die politischen Verhältnisse in der Pfalz Bericht erstattet hat, wieder auf seinen Posten nach München begeben. Von der bayerischen Regierung ist mitgeteilt worden, daß politische Schutzmaßnahmen im Hinblick auf Verleumdungen ergriffen wurden, wonach wegen der Minderjährigkeit seiner Untersuchungen von separatistischer Seite Anschläge gegen seine Person geplant seien.

Die Begnadigung der Sozialrevolutionäre.

Elf Begnadigungen — ein Selbstmord.

Sowjetrußland hat in die Welt die Mitteilung hinausgeschickt, daß elf von den zum Tode verurteilten Sozialrevolutionären zu je fünf Jahren Gefängnis begnadigt worden sind. Man mußte sich fragen und der zwölfte? Des Rätsels Lösung ist ebenso einfach wie grauenhaft: der zwölfte — Sergej Morosow — hat sich noch vor Neujahr das Leben genommen. Wie er schließlich hinterließ, um das internationale Proletariat und die ganze zivilisierte Welt darauf aufmerksam zu machen, daß zwölf Sozialrevolutionäre schon das fünfte Jahr im Gefängnis schmachten. Darauf wurden die elf begnadigt. So hat Morosow durch seinen Tod die Erschießung des Schicksals seiner Leidensgenossen erkaufte. Er ist dem Beispiel Salonoffs, des Attentäters auf den Därfel des letzten Kaisers, Großfürsten Sergel Alexandrowitsch, gefolgt, der Selbstmord beging, um seine Genossen vor der Prügelstrafe zu retten.

Fälle von Selbstmorden von Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären in den Folterkammern der Samletregierung, besonders im hohen Norden, mehrten sich von Tag zu Tag. Wann wird dieser Schmach und diesen Greueln ein Ende gemacht werden? Unter Hinweis auf den tragischen Selbstmord Morosows und auf diese ganze schändliche Angelegenheit verlangt die Auslandsvertretung der Sozialisten-Revolutionäre, daß die Begnadigten sofort freigelassen werden und ruft das Proletariat der ganzen Welt zu der Forderung auf, daß in Sowjetrußland mit politischen Verfolgungen endlich Schluß gemacht werde.

Zufriedenheit der Sachverständigen.

Paris, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Nach den aus Berlin hier vorliegenden Meldungen ist man in den Kreisen der Sachverständigenauschüsse außerordentlich befriedigt von der Aufnahme in Berlin und von der lokalen Unterstützung, die die Sachverständigen sowohl von der deutschen Regierung selbst wie auch den Kreisen der Privatwirtschaft erfahren haben. Wieder seien alle Arbeiten der Ausschüsse in der entgegenkommendsten Weise erleichtert und gefördert worden.

Die Telegraphen-Union meldet: Die Mac-Kenna-Kommission trat Freitag nachmittag zusammen. An der Sitzung nahmen auch Vertreter der deutschen Regierung teil, u. a. Staatssekretär Trenkel, Staatssekretär Fischer, Regierungsrat Meyer und verschiedene andere Beamte des Wirtschafts- und des Finanzministeriums. Die Beratung der deutschen Handelsstatistik fand im Vordergrund.

Von einer maßgebenden Persönlichkeit der Sachverständigenkommission erzählt die Telegraphen-Union: Die Untersuchungskommission für Währungsfragen beschloß sich Freitag eingehend mit dem Vize Dr. Schacht's zur Errichtung einer Goldbank. Die Untersuchungskommission für den Reichshaushalt prüfte die von der Reichsregierung unterbreitete reichhaltige Denkschrift. In der Vollziehung der ersten Kommission erstatteten die verschiedenen Unterkommissionen eingehend Bericht. Sonnabend nachmittag findet wieder eine Vollziehung statt. Die Mac-Kenna-Kommission für Kapitalflucht beschäftigte sich im Zusammenhang mit der Reparationsfrage mit der deutschen Handelsstatistik. In der Zwischenzeit haben die Buchhaltungssachverständigen bei der Deutschen Bank und einer Reihe anderer Großbanken mit der Prüfung des ihnen vorgelegten Materials begonnen.

In der nächsten Zeit werden die Unterausschüsse das von der deutschen Regierung vorgelegte Material bearbeiten und die Prüfung mit den deutschen Regierungsvertretern und Sachverständigen aufrechterhalten. Die beiden Kommissionen treten täglich einmal zu einer Sitzung zusammen, um das Material der Unterausschüsse zu prüfen und zu sichten.

Der Vorsitzende der Ersten Sachverständigenkommission, Dawes, Amerika, stellte gestern vormittag dem Leiter des Hauptbüros der amerikanischen Kinderrettung, Mr. Henry T. Brown, und dem Deutschen Zentralausschuss für die Auslands-Hilfe e. V. einen Besuch ab und besichtigte das städtische Tagesheim für tuberkulöse Kinder in der Schwedter Straße, in dem 250 an Knochen- und Gelenktuberkulose erkrankte Kinder einer Frei- und Heilbehandlung unterzogen werden, sowie eine Volksschule im höchsten Norden Berlins, um sich ein Bild von der Lage der Berliner Schulschule machen zu können.

Zurückgenommene Ausweisungen.

In Polen auf Einreise Ulrich Hauser's.

Warschau, 1. Februar. (W.Z.) Wie die polnische Presse meldet, ist der deutsche Botschafter Ulrich Hauser beim polnischen Staatspräsidenten wegen der Ausweisung deutscher Bürger aus Polen vorstellig geworden. Er sicherte zu, daß die deutsche Regierung Verluste, die polnische Bürger durch die Ausweisung aus Deutschland erlitten haben sollten, entschädigen werde, und betonte, daß die Ausweisung aus Deutschland nur infolge der Lebensmittellage (es handelte sich offenbar nicht um Kahr's Judenvertreibung, Red.) erfolgt seien. Der Ministerpräsident sagte darum die Zurücknahme für die Ausweisungsbefehle gegen Deutsche zu.

Tatsächlich erfolgte aber die Ausweisung der Deutschen aus Polen mit dreitägiger Frist, so daß in diesen Fällen eine Zurücknahme nur noch theoretische Bedeutung hat.

Die preussische Gemeindeverfassung.

Die Beratung der preussischen Gemeindeverfassung ist ins Stocken geraten. Der vom Landtag eingesetzte Ausschuss für die Städte- und Landgemeindeordnung hat vor längerer Zeit die Berordnung in erster Beratung beendet und beabsichtigt nunmehr, die Landgemeindeordnung zu beraten. Nach Abschluß der Beratung sollte dann an die Kreis- und Provinzialordnung herangetreten werden. Weil die Verhandlung verhältnismäßig langsam vorwärts ging, wurde zwischenzeitlich ein Komitee ernannt, in welchem alle auf die Wahl bezüglichen Vorschriften aufgenommen wurden. Dieses Komitee hat eine Ergänzung erfahren durch eine Komplette, die in der Sitzung am 24. Januar 1924 abgeschlossen wurde und in der der 4. Mai 1924 als Wahltag für Preußen festgesetzt ist. Der Weiterberatung der Landgemeindeordnung erwachsen insofern Schwierigkeiten, als das Ministerium des Innern infolge des Personalabbaues und seiner Auswirkungen auf die Landesverwaltung stark in Anspruch genommen wird. Zu dem kommt, daß die Demokratische Partei den Hauptwert darauf legt, daß die Vereinfachung der Staatserwartungen in den Vordergrund zu stellen ist. Die Bestimmungen gehen dahin, daß die Oberpräsidenten gleichzeitig mit der Regierung an ihrem Amte beurlaubt werden. Es ist für die Gemeindeverfassung nicht gleichgültig, ob in Zukunft Regierungspräsidenten fortfallen und ihre Aufgaben teils den Oberpräsidenten, andererseits in gewissem Umfang Selbstverwaltungskörpern zufallen. Immerhin besteht die große Gefahr, wenn die Landgemeindeordnung nicht beraten wird, daß die Gutsbezirke verweigert werden, und das ist nicht länger tragbar. Die Gutsbezirke sind in unserer Gemeindeverfassung unerträglich und müssen so schnell wie möglich beseitigt werden.

Von diesem Standpunkt aus legt die sozialdemokratische Fraktion des Landtags den allergrößten Wert auf die Ortlichung der Beratung zur Verabschiedung der Landgemeindeordnung. Daß die rechtsstehenden Parteien und der Agrarierklub des Zentrums sich diesen Bestrebungen lebhaft widersetzen, ist festzustellen. Die endgültige Entscheidung darüber, ob die Landgemeindeordnung weiter beraten werden kann, wird in einer Sitzung des Gemeindevorstandes des Landtages, die auf den 11. März anberaumt ist, gefällt werden.

Deutschnationale Anträge.

Unter den Anträgen, die die deutschnationale Reichstagsfraktion zur Einbringung im Reichstag beschlossen hat, befindet sich ein Gesetzentwurf mit folgenden Bestimmungen: 1. Für das Verbrechen des Hochverrats im besetzten Gebiet wird die Todesstrafe festgesetzt. 2. Das gemäß § 136 des Verfassungsgesetzes zuständige Reichsgericht ist auch in der Abwesenheit des Beschuldigten zur Aburteilung dieses Hochverrats berufen. 3. Als abwesend gilt in diesem Falle ein Deutscher auch dann, wenn er sich im besetzten Gebiet aufhält und seine Gestellung vor dem Gericht nicht ausführbar ist. 4. Die Reichsanwaltschaft ist gehalten, sofort das Verfahren gegen diese Hochverräter einzuleiten. In einem zweiten Antrag wird die Abschaffung des Staatsgerichtshofes, des Republik-Schutzgesetzes verlangt und die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Gerichts-Verfassungsgesetzes. Begründet wird dieser Antrag mit den hohen Kosten des Staatsgerichtshofes.

Der Transportarbeiterstreik im Wuppertal hat sein Ende gefunden. Die 48-Stunden-Woche bleibt bestehen. Mehrarbeit wird nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen geleistet.

C. D. Morel Nobelpreisstandidat. Die Denkschrift an das Nobelkomitee, in der für den Friedenspreis der bekannte Arbeiterabgeordnete und Pazifist C. D. Morel vorgeschlagen wird, haben unter anderen MacDonald, Lord Carmichael und Arthur Henderson unterzeichnet.

Gewerkschaftsbewegung

Korruption!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 1. Februar einen unerhörten, bewußt irreführenden Angriff auf die Gewerkschaften. Es wird der Vorwurf erhoben, daß eine Reihe von Gewerkschaftsangehörigen in der Zeit der ärgsten Wirtschaftsbepression Kurzarbeiterunterstützung aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bezogen haben. Dies sei „schlimmste Korruption“, geschweidrig Verwendung von Reichsmitteln für rein „parteiliche Zwecke“, unerhörte Verschleuderung öffentlicher Mittel zur Finanzierung einzelner Parteigruppen usw. Die betreffenden Gemeinden werden angeklagt, durch diese Kurzarbeiterunterstützung die Finanzierung notwendiger Gewerkschaftsaktionen übernommen zu haben. Vielfach habe der Bevollmächtigte der betreffenden Gewerkschaften in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsnachweisbehörde über Bewilligung und Auszahlung der Kurzarbeiterunterstützung entschieden. Nicht nur Gewerkschaftsangehörige, sondern auch Sekretäre linksgerichteter politischer Parteien hätten dieses „einfache System“ nutzbringender Verwendung von Reichsmitteln betrieben. Es werden sechs Fälle solcher „Korruption“ aus einer „größeren Gemeinde“, deren Name nicht genannt wird, aufgezählt. Es bezogen insgesamt dort sieben männliche und drei weibliche Angestellte Kurzarbeiterunterstützung.

Der in besonders auffälliger Weise veröffentlichte und mit gemeinen Angriffen gesäht Artikel ist nicht der erste seiner Art. Die besonders scholle Form des Angriffs der „D.A.Z.“ nötigt zur Aufklärung der durchaus legalen Angelegenheit, bei der die Gewerkschaften nichts zu verheimlichen haben. Wäre jedes Tun der Unternehmer, Trusts, Syndikate, Unternehmerverbände und dergleichen so rein und durcheinander wie das, dessen hier die Gewerkschaften angeklagt werden, so stände es mit Staat und Wirtschaft in Deutschland besser und wir würden nicht die Sünden jener Kreise quittieren müssen mit dem Hunger von Millionen.

Wo ist „Korruption“? Im November 1923 waren allein im unbesetzten Deutschland über 2 Millionen Arbeiter völlig erwerbslos. Außerdem mußten 1 813 169 Menschen als Kurzarbeiter unterstützt werden, weil der farge Verdienst der verbliebenen Arbeitszeit nicht ausreichte, den Hunger zu stillen. Sie sollten möglichst in den Betrieben bleiben, Arbeitsstreckung sollte eine weitere tiefenhafteste Vergrößerung der Arbeitslosenarmee hindern. Die furchtbare Krise traf nicht nur die Betriebe, sondern auch die Gewerkschaften. Letztere um so mehr, als sie nicht vorsichtig ihre Fonds in Devisen oder im Ausland versteckt hatten, sondern von der vollen Schwere der Geldentwertung getroffen wurden. Die Gewerkschaften mußten darum ihre Betriebe einschränken, unbekümmert darum, ob ihre Aufgaben darunter litten oder nicht. Das zahlreiche Personal (samt Hilfsarbeitern, Maschinenschreiberinnen usw.) mußte durch Entlassungen stark vermindert werden. Sollte man weitere Entlassungen vermeiden, mußte Kurzarbeit eingeführt werden. Die Gewerkschaften und ihre Angestellten haben diese unerhörte Last aus eigenem getragen. Umsichtig wurde zwei, drei Tage die Woche gearbeitet. In einigen Fällen hat man dafür die öffentliche Unterstützung in Anspruch genommen. Durften diese Angestellten nach vorheriger wochenlanger Kurzarbeit die staatliche Unterstützung verlangen wie jeder andere Kurzarbeiter, wie sie fast 2 Millionen Menschen erhielten? Der gesunde Menschenverstand sagt „ja“, die „D.A.Z.“ nennt es „Korruption“. Sie erkennt allgemein die Berechtigung an für die kürzere stundenmäßig begrenzte Arbeitszeit, aber sie sagt, Voraussetzung müsse sein eine Verklüftung infolge Rückgangs der Konjunktur. Für Millionen war es berechtigt. Die Gewerkschaften, die in Ausnahmefällen für einige wenige Kurzarbeitende Angestellte Unterstützung nahmen, trieben „Korruption“, weil ein Konjunkturrückgang nicht vorlag. Diese Logik greift kein vernünftiger Mensch. Aber: Verleumde nur, es bleibt schon etwas hängen.

Wir können der „D.A.Z.“ verraten, daß die Kurzarbeiterunterstützungen in noch einigen Fällen mehr, als sie selbst weiß, bezogen wurden und nicht nur an linksgerichtete Gewerkschaftsangehörige, sondern unseres Wissens an Angestellte aller Richtungen. Natürlich nur dort, wo die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Die „D.A.Z.“ will selbstverständlich behaupten, daß Unterstützung gezahlt wurde, obwohl keine Kurzarbeit vorlag. Wir haben solche Fälle nicht feststellen können.

Die Gewerkschaftsgegner glauben mit breitem Behagen eine Befreiung der Gewerkschaften feststellen zu können. Damit ist es wieder einmal nichts; sie sind einigen übereifrigen Schnüfflern aus den Bein gekrochen. Oder verbirgt sich hinter diesen Angriffen mehr? Glaubt man damit die Sünden der Arbeitgeber (siehe Ruhrfonds und ähnliches) zudecken zu können?

Die Kommunisten unter den arbeitslosen Buchdruckern.

Wer je einmal längere Zeit arbeitslos war, der weiß sehr wohl, wie verbitternd solche Hungerzeiten wirken. In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit wird diese Verbitterung zur Massenerscheinung. Auf diesem Felde finden die kommunistischen Parolen guten Boden. Die Kommunisten lassen es denn auch nicht an sich fehlen, um die Mißstimmung zu verschärfen und für ihre Parteizwecke, insbesondere aber zur „Rettung der Gewerkschaften“ auszunutzen.

Vor acht Tagen, am 25. Januar, legte eine Versammlung der arbeitslosen Buchdrucker im Gewerkschaftshaus. Die Versammlung wurde zum 1. Februar vertagt. Wir berichteten darüber in Nr. 41 des „Vorwärts“. Unser Berichtstatter, selber ein arbeitsloser Buchdrucker, gab ein kurzes, wahrheitsgetreues Bild über den Verlauf der Versammlung, wobei er das Verhalten der Kommunisten gegen die nicht auf ihrer, sondern auf unserer Seite stehenden Redner sachlich schilderte.

Gestern, Freitag, mittag wurde die vertagte Versammlung fortgesetzt. Sofort nach Eröffnung beantragte der Kommunist Engelmeier, den Berichtstatter des „Vorwärts“ aus dem Saal zu weisen.

Unser Berichtstatter forderte die Entropfeller auf, ihm eine eblizige Unwahrheit in seinem Bericht nachzuweisen. Dazu wurde nicht einmal der Versuch gemacht. Nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte wurde mit 230 gegen 88 Stimmen der Antrag angenommen. Die arbeitslosen B.S.P.D.-Buchdrucker vertieften darauf mit unserem Berichtstatter die Versammlung, in der von etwa 5000 arbeitslosen Berliner Buchdruckern 328 anwesend waren. Der

in ungewissen Bericht von der ersten Versammlung enthaltenen Antrag auf Ausschluß des Berichtstatters der B.S.P.D.-Fraktion der Buchdrucker wurde zum Beschluß erhoben. Ferner leigten die Kommunisten den Beschluß auf Anerkennung der Beschlüsse ihrer Weimar-Erfurter Gewerkschaftskonferenz durch. Für die arbeitslosen Verbandsmitglieder wird sich im Gauvorstand gefordert.

Am Mittwoch nachmittag 5 Uhr wird eine Versammlung aller im graphischen Gewerbe tätigen Anhänger der B.S.P.D. im Kasino, Dresdener Straße 96, zu dem Treiben der Kommunisten Stellung nehmen.

Wächung, arbeitslose Mitglieder des D.M.G.!

Die zum Montag, den 4. Februar 1924, angelegte Vollversammlung der arbeitslosen Mitglieder findet nicht statt. Sämtliche von Vertretern der Verwaltung besuchten oder von ihr einberufenen Arbeitslosensammlungen sind von den kommunistischen Wandrednern nur als Plattform mißbraucht worden, um kommunistische Wahlpropaganda machen zu können. Die gegenwärtige wirtschaftliche Not der Arbeitslosen wird dazu benutzt, um die Gewerkschaftsleitungen als die allein Schuldigen dieser wirtschaftlichen Notlage hinzustellen. Wenn auch denkende Menschen über solche Weisheiten nur lachen können, sind sie doch geeignet, unter den Infolge ihrer Not unrecht urteilenden Kollegen Verwirrung anzurichten, wodurch die zarten Organisationsfäden, die viele noch erst mit der Organisation verbinden, vollständig zerrissen werden. Darüber hinaus ist in allen Versammlungen versucht worden, durch Drohungen durchzusetzen, daß die Verwaltung im Widerspruch zum Statut Mitglieder mit zweierlei Rechten schafft. Alle Bemühungen der Ortsverwaltung, den arbeitslosen Mitgliedern Klarzumachen, daß auch arbeitslose Mitglieder ihre Wünsche, Ansprüche und Forderungen nur über die bestehenden Organisationseinrichtungen (Bezirke, Branchen und Generalversammlungen) zur Geltung bringen können, wurden verhindert und vereitelt. Statt dessen wurden Forderungen mit allen Mitteln durchzusetzen versucht, die auf nichts anderes hinauslaufen, als auf die Gründung einer besonderen Organisation von arbeitslosen Mitgliedern innerhalb der Gesamtorganisation. Da dies sowohl mit dem Sinn und Wortlaut unseres Statuts und der Verbandstagsbeschlüsse unvereinbar ist, wie mit dem Organisationsbegriff überhaupt, steht sich die Verwaltung gezwungen, den jedweder Veranstaltung arbeitsloser Vollversammlungen Abstand zu nehmen.

Außerdem haben wir nach der Versammlung am 30. Januar festgestellt, daß trotz der scharf rehandhabten Kontrolle Mitglieder unserer Organisation es fertig gebracht haben, Verbandsbücher einzufahren, um sie an Unorganisierte und andere Organisationsangehörige zu verleihen, um so diesen Zutritt zu ermöglichen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die Ortsverwaltung.

Der Abwehrstreik in den Darmstadt-Gefängnissen.

Seit dem 19. Januar stehen die Berliner Darmarbeiter, zumeist Frauen, im Abwehrkampf gegen ein Unternehmertum, wie es reaktionärer wohl nicht anzutreffen ist. Alle Vermittlungsversuche von privater und behördlicher Seite lehnen diese Unternehmer ab. Sie wollen vollständige „Tariffreiheit“ haben und sprechen ihren Arbeitnehmern das Koalitionsrecht ab; sie erklären, nur mit Unorganisierten arbeiten zu wollen, um den „Herrn-im-Hause“-Standpunkt vollstaus geltend zu machen. Sie benutzen die elende Lage der Arbeiterschaft, die große Arbeitslosigkeit, um billige Arbeitskräfte zu bekommen.

„Wer sich einer gewerkschaftlichen Organisation anschließt“, sagt Herr W. Janen, Greifswalder Str. 224, „steigt aufs Straßenspazier“. Die Rechte der Arbeiterschaft werden mit Füßen getreten. Man sollte endlich diesen Herren Arbeitgebern von behördlicher Seite zu verstehen geben, daß wir in einem geordneten Rechtsstaat leben und daß der Arbeiter nicht freimüßig ist.

Trotz aller Anstrengungen, ihre Betriebe in Gang zu bringen, wird es den Arbeitgebern auch nicht mit Hilfe von Branchenfremden und Schützpolizei gelingen, Qualitätsware herzustellen.

Die streikenden Darmarbeiter aber sind fest entschlossen, so lange auszuharren, bis die Arbeitgeber ihren Standpunkt aufgeben, um der gewerkschaftlichen Organisation nicht im Tarifverhältnisse einzutreten.

Winkelsüge der Unternehmer.

Zum Gehaltsstreik der Angestellten der chemischen Industrie wird amisch mitgeteilt:

Unter dem Vorbehalt des Schlichters für Groß-Berlin, Reichsminister a. D. Bissell, war ein Schiedspruch gefällt worden, der für den Januar die gleiche Gehaltsregelung vorsah wie für den Dezember. Da der Arbeitgeberverband die Annahme des Schiedspruchs abgelehnt hatte, hatten die Angestellten beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Der Reichsarbeitsminister hat den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung abgelehnt. In der Begründung sind die Beschwerden der Arbeitgeberseite gegen die Ordnungsmäßigkeit der Befehung der Schlichtungskammer und die sachliche Richtigkeit des Schiedspruchs als unbegründet zurückgewiesen; gleichwohl wurde die Verbindlichkeitsklärung nicht ausgesprochen, weil die Notwendigkeit, den Schiedspruch durch staatlichen Zwang durchzuführen, nach der besonderen Lage des Falles nicht anerkannt werden konnte.

Das alte Spiel! Die Unternehmer sabotieren systematisch die Tätigkeit des Schlichters. Lassen sie sich schon einmal ohne weiteres zu Verhandlungen herbei, lehnen sie den Schiedspruch ab und setzen ihn unter den wichtigsten Vorwänden an. Der Reichsarbeitsminister billigt dann zwar den Schiedspruch, lehnt jedoch die Verbindlichkeitsklärung ab. Auf diese Weise wird die Autorität und die Funktion des Schlichters natürlich nicht zur gehörigen Geltung gebracht, sondern den Unternehmern das Spiel erleichtert.

Ungeeignete Arbeitsräume.

Ein Arbeiter schreibt uns: Die Oram-Gesellschaft in der Köpferstraße hat, da angeblich der Abzug stoch, ein großes Lager fertiger Glühlampen. Um diese unterzubringen sah sich die Gesellschaft gezwungen, Kuchentager zu mieten. Ein Lager befindet sich in der Kaserne Belle-Alliance-Straße, ein alter Konzierungs- und Futterboden der ehemaligen

Y. Dragower. Das große Lager R in dem alten Fontanengraben, Köpenicker Straße, untergebracht.

In beiden Lagern werden nun eine ganze Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Primitivität dieser Räume eignet sich aber nun ganz und gar nicht zu dauernden Arbeitsräumen. Erfordernismäßig ist es in solchen Schuppen kälter als draußen im Freien. Eine Heizungsanlage ist nicht vorhanden. In der Belle-Alliance-Straße ist in letzter Zeit notwendig ein kleiner eiserner Ofen gelegt worden zur Heizung eines Raumes, der schätzungsweise einige hundert Quadratmeter groß ist und unmittelbar unter dem Dach liegt mit den dazugehörigen Luftklappen. In dem Lager Köpenicker Straße ist überhaupt kein Ofen. Wohlgelegenheit ist überhaupt nicht vorhanden, obwohl die Arbeit äußerst sauber und schmutzig ist. Man stelle sich die Dielen auf diesen Böden vor. Wer Soldat war, wird das kennen. Was das Arbeiten bei der großen Kälte für die dort Beschäftigten für eine Qual und Plage war, wird jeder einsichtige Mensch begreifen, zumal kein Arbeiter und keine Arbeiterin über eine Kleiderausstattung verfügt, die hierzu nötig wäre. Also gesundheitsschädlich im höchsten Grade.

Das Schlimmste aber an diesen Zuständen ist, daß keine Arbeiter vorhanden sind. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen die alten Militärklosetts benutzen, die eingetrofen sind. Viele gehen sich gezwungen, in die unliegenden Kneipen zu gehen und ihr Geld dafür auszugeben. Einzelne haben in der Belle-Alliance-Straße das Kaufhaus Jandorf als unentgeltliche „Rettenstation“ entdeckt und benutzt.

Der Betriebsrat des Werkes sollte sich weniger mit der Betriebsrevolution beschäftigen als mit der Beseitigung dieser Mißstände.

Nachwahl: „Schiedspruch gegen Schiedspruch“.

In der von dem Deutschen Bankbeamtenverein geleiteten Darstellung des Vorgehens des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes sendet uns letzterer folgende Berichtigung gemäß § 11 des Pressegesetzes:

Die im „Vorwärts“ Nr. 42 wiedergegebene Behauptung des Deutschen Bankbeamtenvereins, daß es sich bei einer im „Vorwärts“ vorausgegangenen Notiz mit gleicher Ueberschrift um eine Freführung durch den Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband handle und daß eine von diesem Verband inspirierte Meldung über einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Hannover über die Bankangestelltengehälter unrichtig sei, ist unzutreffend. Die vom Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband der Presse am 16. Januar gegebene Auskunft über den erwähnten Schiedspruch ist richtig. Der vom Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine erwirkte Schiedspruch sah Gehälter vor, die in sämtlichen Gruppen über die in dem verbindlich erklärten Reichsschiedspruch vorgesehenen Gehälter mit 8 Proz. bis nahezu 20 Proz. hinausgehen. Erst am 23. Januar ist nachträglich vom Schlichtungsausschuss ein Beschluß gefaßt, der an dem oben erwähnten Schiedspruch eine Änderung vornimmt.

Eine kommunistische Niederlage.

In der Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Textilarbeiterverbandes, die am 30. Januar stattfand, wurde die Ortsverwaltung neu gewählt. Die Wahlen endeten mit einer vollkommenen Niederlage der kommunistischen Opposition. Die gesamte neue Ortsverwaltung ist jetzt verbandstreu und steht auf dem Boden der Amtsdamer Gewerkschaftsrichtung. Erster Vorsitzender ist der Geschäftsführer der Filiale Berlin, Max Strauß.

Erfolgreicher Kampf um den Achtstundentag!

Wie aus Oberfeld berichtet wird, ist der Streik der Transportarbeiter im Wuppertal damit beendet, daß die 48-Stunden-Woche bestehen bleibt. Mehrarbeit wird nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen geleistet.

Metallarbeiterstreik in Leipzig.

Die Metallarbeiter in Leipzig sind gestern in den Streik getreten, nachdem vom Schlichtungsausschuss ein Schiedspruch gefällt worden war, der eine Erhöhung der Arbeitszeit auf wöchentlich 54 Stunden und einen Spitzenlohn von 45 Pf. vorsah. Von dem Verband der Metallindustriellen war dieser Schiedspruch angenommen, vom Metallarbeiterverband dagegen abgelehnt worden. Die Arbeit ruht in fast allen Betrieben.

Für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier wurde gestern im Reichsarbeitsministerium eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß die Löhne bis zum 11. Februar unverändert weitergezahlt werden, wenn nicht eine Änderung durch besondere Verhältnisse notwendig erscheint. In diesem Falle würden die Parteien erneut zusammentreten.

Der Industriearbeiterstreik in Hagen-Schwelm sollte durch Verhandlungen beigelegt werden, die jedoch gestern gescheitert sind. Der vor einer Woche gefällte Schiedspruch mit vollständiger Arbeitswoche soll nunmehr heute einer Urabstimmung unterworfen werden.

Wichtig! B.S.P.D.-Buchdrucker Kasseln! Morgen, Sonntag, bei Halle, Hermannstr. 129, Zusammenkunft. Erscheinen unbedingt Pflicht!

B.S.P.D.-Buchdrucker, Bezirk II, Zusammenkunft morgen, Sonntag, 10 Uhr, bei Birbaum, Boklanstr. 3. Erscheinen unbedingt notwendig.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. B.; Ernst Reuter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Justiz: J. B.; Kultur: J. B.; Sport: J. B.; Sonstiges: Fritz Kattfah; Anzeigen: E. B.; Druck: sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, hierzu 2 Beilagen.

Nähr Dich mit **Porath!** Eiweiß-Nähr-Kakao • spart Milch und Zucker Puddings und Soßen • auch ohne Milch vorzüglich

WELTBEKANNTE **BATSCHARI** QUALITÄTSMARKEN

Fiat **White Star** **Eden**

Nur einige Tage! **Porzellan Steingut** Extra billig! **Küchhengarnitur** mit Gold, 22 Teile 15,50 M. **Hansa-Bazar** Teller 7 Pf. Gläser 8 Pf. **Wasserkanne 95 Pf.** **Turmsir. 60** Vorzeiger dieses Inserats erhält einen Teller gratis! Straßenbahnlinien 5, 11, 13, 44 Ecke Beusselstraße

Stille Winkel der Weltstadt.

Wer an einem stillen Sonntagsvormittag die Straßen der Altstadt Berlin-Röhl durchstreift, findet noch manchen stillen Winkel, der zum beschaulichen Verweilen, manche abgelegene Gasse, die zum gemächlichen Durchwandern einlädt. Allenfalls hört man das Glockenspiel der Parochialkirche, das in regelmäßigen Abständen seine Weisen erklingen läßt.

Der Große Jüdenhof.

Zwischen dem Rathaus und dem neuen Stadthaus führt die Jüdenstraße hindurch. Eine kleine Seitenasse bringt uns auf den Großen Jüdenhof, einer fastigen Erweiterung der Straße. Hier wohnten bis 1850 die Juden, die in jener Zeit in Berlin ebenso wie in den anderen Städten absondert hausen mußten. Ein eisernes Gitter schloß den Zugang, und von abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr durften die Bewohner des Jüdenhofes ihre Wohnstätte nicht verlassen. Auch die Berliner Geschichte der vergangenen Jahrhunderte ist reich genug an Judenverfolgungen und Bedrängungen dieses Volkstums. Gladern doch diese Erinnerungen aus der finsternen Zeit des Mittelalters selbst noch in unseren Tagen hin und wieder auf, als Schandmal für unsere Zeit, die sich erheben über jene vergangene Dämmerung. Ein gewaltiger Platanenbaum steht vor dem alten Jägerhaus. Recht er auch zur jetzigen Jahreszeit keine lauten Wäste trüb in den Winterhimmel, so verleiht er doch in einigen Wochen, wenn der junge Benz die Blattknospen sich entsalten dieß, dem Strohhalm ein überaus freundliches Aussehen. Der Jüdenhof bildet dann einen malerischen Winkel, wie wir ihn inmitten der Weltstadt kaum vermuten würden. — Eine steilenweise recht schmale Straße, die viel eher Gasse heißen sollte, ist die Parochialstraße. Sie hat noch einige alte Häuser, „Handtücher“, genannt, Fachwerkbauten auf altem Flecksteinunterbau, mit Lichtarmen Höfen, eigentlich nur Lichtschächten, auf deren Grund kaum ein Müllkasten Platz hat. Mehrfach führen kleine Straßen oder Gassen zur Spree. Manche von ihnen waren ursprünglich nur Gänge, die angelegt wurden, um bei Feuergefahr schnell zum Wasser gelangen zu können. Zu ihnen gehört die Spreestraße, früher Spreegäßlein oder Spreegasse mit Namen. Hier (Nr. 11) wohnte Wilhelm Raabe, der Dichter der „Chronik der Sperlingsgasse“. Ihm zu Ehren will man die Spreestraße in Sperlingsgasse umbenennen.

Raules Hof.

Ein winkliger, mit mehreren Gebäuden befehr Durchgang führt von der Alten Leipziger zur Adlerstraße. Er heißt Raules Hof, nach Benjamin Raule, dem früheren Schöffen und Rat der Stadt Widdenburg in Seeland (Holland). Im Kriege zwischen Schweden und Brandenburg im Jahre 1675 taperte er für den Kurfürsten mehrere schwedische Schiffe und wurde dafür zum kurfürstlichen Rat und „Marineinspektoren“ ernannt. Als solcher untersuchte er die Brandenburger Kriegsschiffe. Sie bildeten die damals schwedischen Städte Stralsund und Greifswald mit Erfolge und lieferte den Schweden am 4. und 5. Juni 1676 in der Ostsee zwischen Bornholm und Wismar eine Schlacht, an der auch die Fregatte „Berlin“ teilnahm. Zum Dank für seine Leistungen erhielt Raule das 1661 in Berlin erbaute „Ballhaus“. Er ließ das Gebäude abbrechen und führte auf diesem Platz das noch heute vorhandene Haus Raules Hof Nr. 1 auf. Als der Krieg mit Schweden beendet war, wurden auf den Vorplatz Raules mehrere Schiffe zum Seehandel ausgerüstet. Das Schiff „Das Wapen von Churbrandenburg“ wurde nach der Westküste von Afrika gelandt, um dort Handel zu treiben. Der Kapitän erhielt den Befehl: „Dafern in denen Ländern einige rare Affen, Papageien oder andere Tiere und Vögel zu finden sind, soll er solche erhandeln und mitbringen, langweilen ein halbes Duzend junge Skaven von 14, 15, 16 Jahren, welche schön und wohlgeartet seien, um helbige an Unseren Hof zu übersenden.“ Raule fiel später in Ungnade, er soll auch Verurteilungen begangen haben, kurz 1688 kam er in Festungsarrest nach Spandau. Raules Hof fiel an den Kurfürsten zurück und wechselte später noch öfter den Besitzer. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gelangte es an den bekannten Dr. Kurella, den Erfinder des von allen Kindern gedruckten „Kurellaschen Brustpulsers“. Der Begriff „Hof“, wie wir ihn im Jüdenhof und in Raules Hof kennengelernt haben, bedeutete ursprünglich eine große Bauanlage, die „Gutshof“, an das sich Allmählich mehrere Gebäude heranbauten. Der „Gutshof“ auf dem Raule hat bis heute noch dieses Bild bewahrt. Raules

Hof wird bald aus dem Straßenbild Berlins verschwunden sein. Hier sollen die Erweiterungsbauten der Reichsbank errichtet werden. Das gegenüberliegende Eckhaus ist bereits der Spitzhacke zum Opfer gefallen.

Holländische Winkel.

Recht bei Raules Hof spannt sich die Jungfernbrücke über den Spreearm. Sie ist die älteste und letzte Zugbrücke in Berlin, nach holländischem Vorbild erbaut. Ueber den Ursprung ihres Namens hat sich bisher nichts Sicheres ermitteln lassen. Ueberliefert ist die Jungfernbrücke, dann kommen wir zur Friedrichsgracht, die ebenfalls an die Vorliebe des Großen Kurfürsten für Holland erinnert. Dort bezeichnet Gracht einen Kanal, der von der Hauptwasserstraße binnenwärts geht, wie in Hamburg die „Gieete“. Der Spreearm, der ehemalige Friedrichsgraben, wurde eingeeengt, dafür aber tiefer gegraben und so zu einer Gracht umgestaltet. Die daran entlang führende Uferstraße erhielt den Namen „An der Friedrichsgracht“. Auch in ihr sind noch alte winklige Häuser erhalten, ebenfalls mit unscheinbaren Höfen. Hier ist alles auf den Schiffsverkehr zugeschnitten. Kleine Kneipen und andere Läden, in denen die Schiffer verkehren und sich für ihre Fahrt ausrüsten, sind hier allenthalben zu finden.

Auch dieser Spaziergang durch stille Winkel der Weltstadt zeigt uns, wie sich das Stadtbild allmählich verändert, wie das Alte und das Neue oft dicht beieinander liegen. Diese Winkel erzählen uns vom Werden der Weltstadt, sie zeugen von ihrer reichen Geschichte.

Anschwärzer.

Recht vielen ehrenwerten Zeitgenossen ist die Erwerbslosenunterstützung ein Dorn im Auge. In ihrer wertigen Rücksicht und in ihrem Gutmenschen nicht beschwerten Egoismus können sie es nicht verwinden, daß der Gesetzgeber sie verpflichtet hat, zu den Kosten dieser Fürsorge mit beizutragen. Das hat zu vermehrten Denunziationen geführt gegen Erwerbslose, die nach der Meinung der Denunzianten zum Bezug der Unterstützung nicht berechtigt sind. Daneben kommen die falschen Anzeigen auch von Deuten, die sich durch niedrige Instinkte verleiten lassen, dem lieben Nächsten ein auszuwichen. Hier ein Beispiel: Ein schwer um die Existenz ringender freier Schriftsteller, der Erwerbslosengeld ebenso wie mancher Hausbesitzer erhält, wird denunziert, daß seine Ehefrau mit Schreibmaschineneiweiß viel Geld verdiene. Die Ehefrau erwidert, daß die Ehefrau überhaupt nichts verdient und nur die Manuskripte ihres Ehemannes trägt. Der Denunziant hatte entweder keine Ahnung von der Sachlage oder er machte seine Angaben bösmächtig. Die Fürsorgestelle sollte solche Denunziationen in den Papierkorb werfen oder den Namen des Denunzianten preisgeben, damit man sich gegen derartige Ehrenmänner wehren kann. Fälle von unberechtigtem Bezug der Unterstützung kommen überhaupt fast gar nicht mehr vor. Ist genug hört man in den Zeitungen: „Wenn ich doch diesen Weg nicht mehr zu machen brauchte!“ „Ben soll denn die Bodenunterstützung von vierzehnhundert Mark für ein Ehepaar noch reizen, sich dieses geringe Geld unverschämlich zu verschaffen? Das kostet doch, wenn man auf andere Art ehrlich zu Geld kommen kann, mehr Eifersüßeln, mehr Zeitverlust, als die Sache neben allen unangenehmen Scherereien wert ist. Nur ein Narr bildet sich ein, daß der Erwerbslose von der gesetzlichen Unterstützung leben kann. Solchen Narren tut man zurecht Ehre an, wenn auf ihre Denunziationen, die womöglich anonym sind, eingegangen wird. Manche Fürsorgestellen versuchen jetzt auch, unabhängig von Anzeigen, zu kontrollieren, wieviel Nebenverdienst durch Gelegenheitsarbeit erzielt wird. Sie schicken ihre Beamten in die Wohnungen und lassen die Erwerbslosen oder Hauswirte und Hausverwalter (!) ausfragen. Das ist doch eine ebenso problematische als bedenkliche Sache, wenn nicht sehr begründeter Verdacht einer Unrechtmäßigkeit vorliegt. Sieht sich der Erwerbslose nicht nach Gelegenheitsarbeit um und geht er spazieren, dann melden sich auch gleich wieder die Kästermäuler.

Hypnotisch geblendet.

Eine Darstellung Dr. Achelis'.

Der Fall des Privatdozenten Dr. Achelis, der beschuldigt wird, einen jungen Menschen Monale lang hypnotisch geblendet zu haben, wird voraussichtlich die Wissenschaft mindestens ebenso stark beschäftigen wie die Polizei und die Staatsanwaltschaft. Eine Klärung der sehr interessanten, aber auch ungeheuer komplizierten Angelegenheit wird erst möglich sein, wenn die Staatsanwaltschaft die zahlreichen Sachverständigen auf dem Gebiete der Hypnose und der Psychologie gehört haben wird.

Vorläufig widersprechen sich die Angaben des Dr. Achelis und des von ihm beeinflussten Fr. noch so sehr, daß sich kein klares Bild gewinnen läßt, ob hier von einer schuldhaften Verführung des Privatgelehrten gesprochen werden kann oder ob nicht der Fr. in einem Zustande krankhafter hysterischer Dinge erlebt zu haben glaubt, die in Wirklichkeit sich überhaupt nicht oder doch wesentlich anders abgespielt haben.

Von Dr. Achelis, der beschuldigt wird, den jungen Fr. durch Hypnose geschädigt zu haben, geht uns folgende Darstellung des Sachverhaltes zu: Der junge Mann, Sohn des in Schöneberg wohnhaften Kapitäns z. S. a. D. Fr., ist eine völlig hysterische Natur. Er befaßte sich mit kaufmännischen Gelegenheitsgeschäften, lebte aber ständig in dem Wahne, einen außerordentlich umfangreichen Geschäftsbetrieb zu haben und mit ungeheuren Summen zu arbeiten, und vermochte auch in seiner Umgebung diesen Glauben zu erwecken. Mitte Dezember erfolgte in Grünberg der materielle und zugleich der seelische Zusammenbruch, der ein Verlangen der Sehnerden hervorrief. Dr. Achelis, der seit Jahren in der Familie Fr. freundschaftlich verkehrte, kam zufällig acht Tage später nach Grünberg, um mit dem jungen Fr. etwas zu besprechen, und fand ihn dort blind im Krankenhause liegend. Da die Eltern des Fr. sich um ihren Sohn nicht kümmerten, obwohl sie um keine Blindheit ruhnten, nahm Dr. Achelis ihn zunächst nach Stuttgart zu seinen Eltern und gab ihn dann in Potsdam zu einer bekannten Dame in Pflege. Gleich nach dem Eintreffen in Berlin brachte Dr. Achelis Fr. zu dem berühmten Augenarzt Prof. Dr. Silig und dann zu dem bekannten Neurologen San.-Rat Dr. Körber, der die dauernde Neurosenbehandlung übernahm. Die Eltern des Fr. waren einmütig, nahmen ihn aber nicht zu sich und kamen auch nicht für die Kosten auf. Einer Rückkehr in das Elternhaus widersprach Fr. wegen der bestehenden Spannung auch selbst heftig. Sein Zustand besserte sich langsam insofern, als er schließlich für bilgerige Momente sehen konnte und teilweise schon bläuliches Licht wahrnahm. In dieser Zeit lernte ihn der Sohn des Potsdamer Hof- und Garnisonpfarrers Brunwald kennen, der sich viel mit Hypnotismus beschäftigte. Er lud ihn eines Nachmittags zu sich ein und brachte ihn hierbei durch hypnotische Einwirkungen einigemal dazu, für Momente wieder sehen zu können, bewirkte also nichts, wozu Fr. nicht vorher schon in der Lage war. Fr. erlangte sein Sehvermögen schließlich wieder, als ihm Dr. Achelis über seine krankhafte geistige Veranlagung seinen Wahn einwirkte und ihm dadurch buchstäblich die Augen aufgingen über das Augenauge, in dem er bis dahin gelebt hatte. Die seelische Erhellung gab ihm nun für dauernd das Augenlicht wieder. Zwei Tage hierauf wurde Fr. von seiner Mutter und dem jungen Brunwald in schroffer und beleidigender Form aus Potsdam abgeholt. Brunwald erkrankte darauf Anzeige mit den in der ersten Zeitungsnummer ausgeführten ungeheuerlichen Beschuldigungen, die sämtlich unwahr sind. Herr Pfarrer Brunwald war von Dr. Achelis vorher aufs genaueste orientiert worden, scheint aber seinem Sohn, gegen den jetzt Strafanklage wegen Verleumdung erhoben ist, nicht von seiner Handlung abgehalten zu haben. Hinzugefügt sei noch, daß Dr. Achelis nach sachmännischem Urteil überhaupt unfähig ist, zu hypnotisieren.

Wir haben aus Bonitätsgründen der Aufschrift des Angegriffenen Raum gegeben. Die Verantwortung müssen wir dem Einleider überlassen. Hoffentlich wird die Untersuchung den Sachverhalt einwandfrei klären.

Gegen die Rundfunkzungen.

Das Reichspostministerium hat bekanntlich in Aussicht genommen, Send- und Empfangsapparate auf dem Gebiete der Funktelefonie und Funktelegraphie in größerem Umfange als bisher zu gestalten und den Funktelegraphen die Kontrolle der auf diesen Wege zustande kommenden privaten Verfassungen zu übertragen. Auf diese Weise kann jede technisch befähigte Person, die sich Empfangsleistungen selbst anzufertigen vermag, Erlaubnis erhalten, gegen Gebührensziehung an dem allgemeinen

(Nachdruck durch Volk-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Nach achtmaliger Anwesenheit in den kostbar, geschmack- und weihochst eingerichteten Räumen der „Schule für innerlichen Bervollkommnung“, wo brillantengeschmückten alten Damen, langhaarigen Junglingen und kurzhaarigen Mädchen von sehr gebildeten Menschen empfohlen wurde, das Beste von Laotse mit dem Besten von Buddha zu vereinen und diese höhere Einheit zur Richtschnur ihres Seelenlebens zu machen, war Jürgen, der geäußert hatte, die Weisheit dieser Richtschnur bestehe ganz offenbar darin, die eigene Seele zu manövrieren und sich um die Not der anderen nicht zu kümmern, sei also handfester Egoismus und von irge. d. w. d. hingabe noch weiter entfernt als der Unfuss des Bulldoggenbesizers mit den Kanarienvögeln und Chiffretelegrammen, höflich und leise ersucht worden, den „Stillen Stunden innerer Einkehr“ von nun an fern zu bleiben, worauf er mit steigender Empathie wieder an die zwei hungrigen Goldgräber mit den Sperrhaken gedacht hatte.

Von einem Philosophiestudenten war Jürgen einem dunklen, sehr schönen jungen Mädchen asiatischen Gesichtszuges vorgestellt worden, das ungeniert sich sofort fast ganz entkleidet und schreitend zu tanzen begonnen hatte, die dünnen Finger zu Boden gespreizt und das verzückte Gesicht emporgerichtet. Noch genau ein Jahr werde sie, hingeküßt ihrer Kunst, ganz abgeschlossen von der Welt leben und dann durch ihren Tanz die Menschheit erlösen. Sie werde in den Kirchen tanzen. In der Ecke war ein schwarzer junger Mann gefesselt und hatte ihr geglaubt.

In der Erkenntnis, daß die Weigerung, Reichentum zu fressen, vielleicht erst in tausend Jahren Bestandteil einer von jeglicher Barbarei befreiten Lebensordnung, zurzeit aber nur Sache des Geschmacks einzelner und gewiß nicht das tauglichste Mittel sein könne, den Kampf gegen das Ganze und das Umstürzen erfolgsversprechend zu beginnen, war Jürgen, zur Genugtuung der Lante, schon nach einer Woche vom Vegetarismus wieder zurückgewehrt zum Fleische.

Die Entwurfszeichnungen Dramen, des Inhalts, daß einem anständigen Zeitgenossen des zwanzigsten Jahrhunderts nur

die tragische Wahl bleibe, Selbstmord zu begehen oder völlig bewußt selbst ein Raubtier zu werden, habe er schon vor einem halben Jahre auf der bewaldeten Höhe verbrannt und war liegend geblieben neben der Asche, lesend in einem Buche, dessen weltberühmter Autor erklärte, wenn die Besitzenden ganz freiwillig nur all ihres Besitzes und ihrer Macht über die Nichtbesitzenden sowie alle zusammen nur jeglicher Lüge entzogen würden, sei in derselben Stunde die Menschheit erlöst.

„Das dürfte wahr sein: fragt sich nur, welche Maus und auf welche Weise der Menschheit, dieser milliardenfähigen Rasse, die Schelle anhängen soll, welche bewirkt, daß wir in allem wahrhaftig sein können“, hatte Jürgen damals gedacht.

War auf dem Rückwege, sinnend und lachend und rat- und hoffnungslos nur, um nichts unversucht zu lassen, zu den aus Nord- und Süddeutschland stammenden vier Junglingen gegangen, die zusammen mit drei Mädchen nahe der Stadt vor kurzem eine Siedlung gegründet hatten.

Stimmen und Begeisterung über den kameradschaftlich freien Ton zwischen diesen hellblickenden Mädchen und schwerarbeitenden Junglingen und über die geistig grophartige Lebensauffassung, die in dem Zeichen unbekümmerter Jugendkraft und befreiend humorvoller Ablehnung des Ganzen stand, hatten Jürgen erfüllt.

Ein Siedler mit großer Rundbrille in einem mageren, noch unfertigen, nicht ganz häutrem Gesicht hatte den beglückt durch die Nacht heimwärts Marschierenden eingeholt und ihm einen Stoß Aufklärungsschriften mitgegeben, darunter eine von den Siedlern gemeinsam geschriebene und im Selbstverlage erscheinende Broschüre „Kapitalismus, Unversität und freie Jugend“ und ein vierseitiges Werbungsblatt „An die Genügsamgenossen“, dessen erster Satz lautete: „Wir haben der Unversität, dieser kapitalistischen Bedürfnisanstalt, die Rückseite gezeigt und im Vorfrühling mit zusammengepumptem Gelde einen verlotterten Bauernhof gekauft, der, obgleich mit Hypotheken gegenwärtig noch schwer belastet...“ Der Schlussatz lautete: „Unsere Siedlung ist eine kleine Insel im großen Stumf.“

Bernaachlässigung des Unversitätsbesuches, Bergweiskung und Drohungen der Tante, Ablieferung der Kollegienelder an die Siedler, die dringend Saatgut gebraucht hatten, mühevoll Feld- und Gartenarbeit und an den Abenden stundenlange, heftig geführte Diskussionen, aufregend und beglückend für Jürgen und oft sehr gefährlich für den Weiterbestand der Siedlung, waren gesolgt.

Tag und Nacht offene Fenster. In den Stuben je ein Feldbett, ein Handlöcherchen und sonst nichts. Die Wände, hellgelblich, leuchtend blau, grün, rosa.

„Morgen kommt Lili mit ihrem Kinde aus dem Gebirg herunter.“

Wie lebendig das Klingel, hatte Jürgen gedacht... kommt Lili mit ihrem Kinde aus dem Gebirg herunter.

Anfangs waren die Siedler in allen Versammlungen als Sprecher aufgetreten und hatten die anwesenden Bürger verblüßt und gereizt durch ihre respektvollen Reden gegen Staat und Kirche, Schule, Ehe, Eigentum, Zins- und Hypothekenräuberei.

Der kirchensindliche Beruh „Gedankenfreiheit und Feuerlob“, der seit Jahren erfolglos um die Genehmigung kämpfte, sein schon erbautes Krematorium in Betrieb setzen zu dürfen, hatte, nachdem in der öffentlichen Protestversammlung von dem Siedler mit der Rundbrille erklärt worden war, er persönlich habe ja gar nichts dagegen einzuwenden, wenn die Anwesenden sich schon morgen einäschern ließen, nur glaube er nicht, daß dadurch der große Stumf merklich vermindert werden würde, die Polizei auf Siedler und Siedlung aufmerksam gemacht.

Kartoffelernte, Hypothekenzinsforderungen, Herbstbeginn, kürzer werdende Tage, in demselben Maße verlängerte, immer heftiger werdende Diskussionen. Und eines Tages waren die Handlöcherchen und Lili mit dem Kinde und die Siedler verschwunden gewesen, unter Zurücklassung der sieben Feldbetten, die, zusammengeklappt und auseinandergeklappt, in dem offenen Schuppen lagen.

Der Bauer hatte seine Kommoden, wandbreiten Eichen-schränke und Riesenfederbetten wieder eingestellt, die grünen, rosa und blauen Wände dunkel schabloniert und die Heiligenbilder aufgehängt.

Einige Wochen später war von dem Siedler mit der Rundbrille eine Postkarte aus Berlin gekommen: Die Siedlung sei aufgelassen. Die Gründe, eine schwere Menge, könne Jürgen sich ja denken. Lili habe sich noch nicht entschließen können; aber er sei Mitglied der sozialistischen Partei geworden. Und damit Punkt.

Wenn Jürgen an diesen Herbstabenden, da es im vornehmen Villenviertel schon ganz still war, am Fenster saß und, zurückdenkend an sein ergebnisloses Fragen und Suchen, hin- und herdringend in die Nacht, vernahm er die fernher dringenden Töne der Drehorgeln. (Fortsetzung folgt.)

Unterhaltungsgrundfunk teilzunehmen. Um die Kontrolle wirksam durchzuführen zu können und das Ueberhandnehmen von Geheimanlagen, die vom politischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt gleich schädlich sind, zu verhindern, soll in Ergänzung des Telegraphengesetzes demnächst eine Verordnung erlassen werden, die eine Verwendung nicht angemeldeter Funkeinrichtungen unter wesentlicher Höhere Strafe stellt als bisher. Gegen Besitzer vorhandener, nicht genehmigter Anlagen sollen keine Schritte eingeleitet werden, wenn sie diese Genehmigung nachträglich einholen; jedoch wird gegen jeden, der von diesem Entgegenkommen innerhalb 4 Wochen nach Inkrafttreten der Verordnung keinen Gebrauch macht, ohne Rücksicht vorgegangen werden.

Sinkende Kaufkraft.

Der Preisstand für viele noch zu hoch.

Die amtliche Feststellung der Kleinhandelspreise am 28. Januar hat einen weiteren Rückgang der Preise für die wichtigsten Lebensmittel ergeben. War es anfangs die Stabilisierung der Währung durch Einführung der Rentenmark, die die Preise von ihrer übermäßigen Höhe herabsenkte, so ist es jetzt die von Tag zu Tag zunehmende dahinschwindende Kaufkraft der besten Klassen, die einen unauflösbaren Druck auf die Preise ausübt und sie für einzelne Waren bereits auf den Vorkriegspreis oder gar darunter senkt hat. Hierzu gehören vor allem Brot, Getreide, Mehl, Reis, Rind- und Schweinefleisch, Kartoffeln, Margarine und Schmalz. Um so bemerkenswerter ist der hohe Preisstand, den andere Lebensmittel erreicht haben. So kosteten am letzten Erhebungsstichtage nach Nr. 5 der Wochenberichte des Statistischen Amtes der Stadt Berlin Weizen und Roggen noch rund 100 Proz. mehr als im Januar 1918, Sauerkraut sogar 288 Proz. mehr. Auch Kohlräben waren um $\frac{1}{2}$ teurer als in der Vorkriegszeit. Rindfleisch stand ebenfalls noch um 100 Proz. höher im Preis als 1918. Desgleichen Eier, Nusskorn um 93 Proz., Jücker um 78 Proz., Butter um 43 Proz. Für weitere Preisfeststellungen ist also noch reichlich Gelegenheit vorhanden.

Einführung des preussischen Notgeldes.

In der Deffentlichkeit bestehen vielfach noch Zweifel über die Gültigkeit des Notgeldes des Freistaates Preußen. Zur Klarstellung werden daher nochmals die Termine mitgeteilt, bis zu denen die bisher aussergesetzlichen Scheine zu 4, 20 und 2, 10 Goldmark bei der Notgeldstelle des Preussischen Finanzministeriums, Berlin, Oranienstr. 166/169 (Dienststunden von 8 bis 1 Uhr) eingelöst werden. Die über 4, 20 Goldmark = 1 Dollar nordamerikanischer Währung lautenden Scheine werden vom 18. Januar 1924 ab bis 17. Februar 1924 eingelöst, die über 2, 10 Goldmark = $\frac{1}{2}$ Dollar nordamerikanischer Währung lautenden Scheine vom 26. Januar 1924 ab bis 25. Februar 1924 einlöslich gegen Goldschuldanweisung oder Goldanleihe eingelöst. Es wird nochmals betont, daß die Gültigkeit und der Umlauf der übrigen noch nicht aussergesetzlichen preussischen Notgeldscheine (Stücke über 0,42, 1,05 und 3 Goldmark) hiervon nicht berührt werden, und daß diese Scheine nach wie vor in Zahlung genommen werden müssen. Auch sei, um Verzögerungen in der Abfertigung zu vermeiden, darauf hingewiesen, daß von der Notgeldstelle nur das von dem Freistaate Preußen ausgegebene wertbeständige Notgeld eingelöst wird.

Nichtannahme von Papiermark wird bestraft.

In letzter Zeit ist von einigen Blättern die Nachricht verbreitet worden, das preussische Justizministerium habe die Staatsanwaltschaften angewiesen, die Strafverfahren wegen Nichtannahme von Papiermark aus der Zeit der Umstellung der Wirtschaft einzustellen und in den Fällen, in denen bereits eine Verurteilung erfolgt sei, die Begründung zu beantragen. Diese Mitteilung ist unzutreffend. Eine Anweisung, die sich speziell mit den Verfahren wegen Nichtannahme von Papiermark befaßt, ist überhaupt nicht ergangen. Die Staatsanwaltschaften sind nur bei Erlass der neuen Richtlinien für Preisverhinderungsmaßnahmen darauf hingewiesen worden, daß bei geringfügigen wirtschaftlichen Verstößen aus den letzten Monaten wie bei allen anderen Straftaten zu prüfen sei, inwieweit die Anwendung des § 23 der Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4. Januar 1924 über die Nichtannahme von Bagatelldelicten zu erfolgen habe. Ueber die Begründung bereits abgeurteilter wirtschaftlicher Straftaten ist nichts bestimmt worden.

Ermäßigte Preise für Schuhbesohlen.

Die Preisprüfungsstelle Berlin teilt mit: Die Preise für das Besohlen von Schuhen sind weiterhin ermäßigt worden. Bei Verarbeitung von gutem Reinzleder kosten:

	gerüst	gerüst
1 Paar Herrensohlen mit Abfüßen 220 gr schwer	6,00 M.	5,90 M.
1 - - - - - 190 - - - - -	5,50 - - - - -	5,10 - - - - -
1 - Damensohlen - - - - - 150 - - - - -	5,00 - - - - -	4,35 - - - - -
1 - - - - - 125 - - - - -	4,25 - - - - -	3,95 - - - - -
1 - Knabensohlen - - - - - 190 - - - - -	5,05 - - - - -	4,75 - - - - -
1 - - - - - 160 - - - - -	4,55 - - - - -	4,40 - - - - -

Die Preise sind errechnet auf Grund eines Preises von 6,20 M. für 1 Kilogramm Sohlenleder. Forderungen, die über die mitgeteilten Preise hinausgehen, begründen den Verdacht des Wucherz; daraufhin erscheinende Anzeigen sind an das Polizeipräsidium, Abteilung W, Magazinstr. 3/5, zu richten.

Der Fredericus-Film als Schulfutter.

Ein parteigenösslicher Lehrer schreibt: In Berliner Schulen werden jetzt ganze Schulklassen geschlossen zum Anschauen des Fredericus-Filmes geführt. Auch in der Provinz geschieht Ähnliches systematisch. Zum Beispiel „erheben“ sich in Senftenberg alle öffentlichen Schulen an diesem Gedenktage. Man muß fragen, ob in einer Zeit so allgemeiner Jugendgefährdung noch die Freude an der Massenführung in die Rinderherden verflannt, ob da noch die Vorbildfunktion ernst gemacht werden müssen? Oder ist das Ganze von oben her „angeregt“? Da der Herr Minister für Volksbildung genau seinem gelesenen „Völkerversteher“ in seinen letzten Rundreden die „Völkerversteher“ der Reichsverfassung im „Humanität“ überlegt hat, so ist dies vielleicht Altruistische Humanität? — Wollen die republikanischen Eltern ihre Kinder in diesen Verführungsfilm führen lassen? Tötet die Republik sich selber? Hat die Schule so viel überflüssige Zeit?

Jubiläum des Postfuhrwesens.

Das Berliner reichseigene Postfuhrwerk in der Oranienburger Straße feiert heute ein 50jähriges Bestehen zurück. Das Postfuhrwerk vermittelt den größten Teil des Postbeförderungsdienstes in Berlin. 1923 wurden drei Millionen Kilometer in Postfuhrdiensten zurückgelegt, außerdem 1 Million Stunden in der Paketbestellung. Dazu sind 1000 Pferde nötig. Das Personal beläuft sich auf rund 1000 Köpfe, worunter 600 Postkutscher mit 1000 Gespannswagen. Aus Anlaß des Jubiläums fand gestern im Festsaal des Postgebäudes eine würdige Feier statt.

Eine Frauendemonstration vor Gericht.

Wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetz, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Aufruhr hatten sich die Armenpflegerin Frau Hoffmann und eine Frau Grasse vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II im beschleunigten Verfahren zu verantworten. Im Oktober v. J. hatten sich eine Anzahl Arbeiterfrauen in der Nähe des Grimm-Parks zusammengetan mit der Absicht, zum Bezirksamt zu ziehen, um dem Bürgermeister die Klage der Arbeiterfamilien angesichts der damaligen

Lebensmittelsteuerung dazusetzen und Herabsetzung der Bucherpreise zu verlangen. Dem Zuge ging ein junges Mädchen mit einem Plakat voraus, das die Aufschrift trug: „Brot und Kohle“. Die Polizei hatte von der Demonstration Kenntnis erhalten. Die vernommenen Beamten erklärten, daß sich die beiden angeklagten Frauen durch lautes Reden besonders aufmerksam gemacht hätten. Frau Grasse habe auch bei der Festnahme Widerstand geleistet. Frau Grasse zeigte sich vor Gericht sehr erregt und rief dem Richter zu: „Wist Ihr denn in welcher Rolle wir uns damals befanden?“ Staatsanwalt Koch sah nur Widerstand und Teilnahme an einem verbotenen Demonstrationenzug für vorliegend an. R. A. Baeder beantragte Freisprechung und wies auf die damaligen traurigen Verhältnisse hin, unter denen die Bevölkerung zu leiden hatte und die die Kundgebung veranlaßt hätten. Die Aufregtheit der Angeklagten sei unter diesen Umständen begreiflich gewesen. Das Gericht ließ im Urteil Frau Hoffmann zu 10 M., Frau Grasse zu 15 M. Geldstrafe.

Für Völkerverbund und Sozialismus.

Eine Kundgebung der Studentengruppe der USPD.

Die neugegründete Studentengruppe der USPD, nahm durch ihren Referenten, Genossen Heinrich Ströbel, der über die gegenwärtige Krise und die Stellung der Sozialdemokratie sprach, kürzlich zum erstenmal zu den politischen Tagesfragen öffentliche Stellung.

Der Referent ging von den Voraussetzungen des wirtschaftlichen Stands der Bevölkerung, besonders der Studentenschaft, der dadurch bedingten physischen und psychischen Erschöpfung des Volkes und der Möglichkeit des politischen und wirtschaftlichen Vorkostes der Reaktion aus. In kurzen Zügen sprach er von der politischen und wirtschaftlichen Entredung der Arbeiterklasse, schilderte, wie der Zulauf zu den Kommunisten wohl in vielen Fällen einen Akt der Verzweiflung darstelle, warnte aber dabei vor einer Unterschätzung der Störfkraft der USPD, die ihre Lebensfähigkeit durch den Erfolg der letzten Wahlen bewiesen habe. In Verbindung mit der jetzigen politischen Konstellation in England wies Genosse Ströbel auf die Stellung Macdonalds zum Völkerverbund und seiner Forderung, nach der Aufnahme Deutschlands, Russlands und der Vereinigten Staaten, die Abrüstung für alle Länder durchzuführen, mit dem Internationalismus ernst zu machen. In dieser Stellung zum internationalen Gedanken steht ihm besonders die Opposition in der USPD nahe. Die friedliche Lösung der französischen-deutschen Differenz liegt im Rahmen der Völkerverbund- und der Abrüstungsabrede, deren geistige und finanzielle Größe gerade die sozialistischen Studenten zu ihrer aktiven Propagierung treiben sollte. So ist es eine der größten Gegenwartsaufgaben der Sozialdemokratie, an Stelle der tierischen Selbstzerfleischung der Völker die Möglichkeit des arbeitsfähigen geistigen Wettbewerbs zu setzen und damit einem Teil der großen Idee des Sozialismus, welchen die Verwirklichung des Völkerverbundes darstellt, zum Siege zu verhelfen.

In der anschließenden Diskussion bemängelte ein Kommunist die zu häufige Scharisierung der wirtschaftlichen und politischen „Verhältnisse“ der USPD, er sprach von dem Verlagen der Partei und der Gewerkschaften, wußte aber an ihre Stelle nichts anderes zu setzen als die Utopismen von Diktatur und Weltrevolution. Er verurteilte die Idee des vom Referenten angestrebten Völkerverbundes als „bürgerliche Illusion“, die vor der Möglichkeit eines proletarischen Völkerverbundes verschwinden müsse. Genosse Böbe wies ihm unter Betonung seines eigenen konsequent sozialistischen Standpunktes Oberflächlichkeit in der Beurteilung der politischen Lage und völlige Unkenntnis der angführten Einzelheiten nach. Er sprach von der Abhängigkeit der politischen Macht der Arbeiterklasse von der wirtschaftlichen Konstellation und führte, ohne gewisse Fehler der Sozialdemokratie verschleiern zu wollen, die Lasten des Rückganges der Arbeiterbewegung in fast allen Ländern seit dem Kriegsende an. Nach einer kurzen sachlichen Berichtigung des Genossen Kändler auf eine Behauptung des kommunistischen Redners gab Ströbel in seinem Schlusswort der Hoffnung auf eine zukünftig geschlossene Arbeiterfront Ausdruck, bis zu deren Verwirklichung die USPD, im jähren Kampf der Gehirne vorwärtschreitend, sich das Vertrauen der Arbeiterklasse gewinnen wird.

Ein Einbruchsforsortium.

Ein Forsortium von Verbrechertypen, die Berlin seit Jahrzehnten unsicher gemacht haben, erschien auf der Anklagebank im großen Schwurgerichtssaal. Die Hauptangeklagten sind Gestalten, denen man auf einamer Straße allein nicht begegnen möchte. Bezeichnend ist, daß die Hauptangeklagten, der Klempner Franz Kalinowski, der Schlosser Reinhold Bschad, der Kaufmann Heinrich Pleimers und der Arbeiter Ernst Thalle unzählige Male vorbestraft sind. Nicht weniger als 20 Einbrüche legt die Anklage den Angeklagten zur Last. Neben diesen Verbrechern ist noch eine ganze Anzahl von Männern und Frauen wegen Hehlererei und Begünstigung mitangeklagt.

Als der Vorsitzende die Angeklagten über ihren Lebenslauf vernehmen wollte, erklärte Kalinowski: „Meinen Lebenslauf wollen Sie wissen? Das ist ja Quatsch! Was soll ich von dem Quatsch erzählen?“ — Vorl.: „Na, also gut, Quatsch brauchen wir ja nicht zu hören.“ Bei der Angeklagten Charlotte Angres, der Geliebten Kalinowskis, zog das Gericht in Erwägung, sie später in Abwesenheit von Kalinowski zu vernehmen, obwohl dieser zum größten Teil geständig ist. Der Angeklagte Thalle, ein verhältnismäßig junger Mensch, dessen Gesichtszüge auf einen gewalttätigen Charakter schließen lassen, spielt den Verrückten und beantwortet die Frage nach seinem Lebenslauf mit den Worten: „Ich bin heute noch gar nicht ausgeführt worden, und das hat mir doch Dr. Leppmann ganz sehr vorkommen.“ Der Angeklagte macht so verworrene Angaben, daß ein Gerichtsarzt über seine Zurechnungsfähigkeit geäußert werden soll. — Die Angeklagte Schankwirtin Anna Guise bestreitet, daß ihr Lokal in der Auguststraße ein Diebesnest sei. Sie habe nicht gewußt, daß die ihr übergebenen Sachen Diebesgut waren. Die Verhandlung wurde schließlich auf heute vertagt.

Die Schnellbahn Potsdam-Caputh.

In Caputh fand kürzlich eine Vesperechung über die Errichtung der Schnellbahn Potsdam-Caputh statt. Sämtliche Vertreter der Gemeinden und der beteiligten Organisationen waren erschienen. Die Kosten des Baus und der Betriebs-einrichtung sind auf 500 000 Goldmark veranschlagt. 400 000 M. sind sichergestellt durch eine Berliner Firma, so daß nur noch 100 000 M. von den Gemeinden aufzubringen sind. Die Aufbringung dieser Summe ist durch Errichtung einer Aktiengesellschaft gedacht. Dabei will der Ort Caputh sich mit einer größeren Summe beteiligen, um genügenden Einfluß zu gewinnen. Es wurde eine Kommission gewählt. Diese erklärte, so bald wie möglich für die Verwirklichung der Finanzen Sorge zu tragen. Sobald die Schwierigkeiten überwunden sind, soll in kürzester Zeit mit dem Bahnbau begonnen werden, so daß schon eventuell im Sommer die Bahn in Betrieb genommen werden kann. Für die Obliegenheiten und Forderungen wird dadurch eine gute Transportmöglichkeit zwischen Potsdam und Caputh geschaffen. Die Bahn soll in Potsdam auf dem Bahnhofsplatz beginnen, dann durch die Leipziger Straße, die Eisenbahnbedlung Cäcilienhöhe und Hermannswerder befährend, in die alte Caputher Chaussee übergehen, dann wird sie oberhalb Templins Waldbahn und geht dann in gerader Linie nach Caputh. Die Fahrtdauer zwischen Potsdam und Caputh wird 20 Minuten betragen. Als Beförderungsmittel kommen Triebwagen, die mit Dieselmotoren ausgestattet sind, in Betracht.

Kurze Festerwochen hatte ein „Schwerer Junge“, der Einbrecher Adolf Läubner, der in Tegel noch einige Jahre Gefängnis zu verbüßen hat. Trotz dieser unangenehmen Lage wünschte seine Braut, mit ihm die Ehe zu schließen. Auf sein Gesuch wurde er vor acht Tagen nach dem Standesamt gebracht. Auf dem Rückwege von der Trauung entwich er den Begleitern, um im Verborgenen

mit seiner jungen Frau vereint zu bleiben. Lange aber sollte diese Freude nicht dauern. Eine Streifenpolizei entdeckte den Flüchtigen in einer verächtlichen Kneipe am Wedding, die Tiefe aus-hob, und nahm ihn zusammen mit mehreren anderen Einbrechern wieder fest.

Der Personalabbau bei der Stadt Berlin. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Der Gemischte Ausschuss zur Vorbereitung des Personalabbaues hat in seiner letzten Sitzung nach Anhörung von Vertretern der Beamten und Angestellten beschlossen, die Weiterberatung zunächst zu vertagen, von den Bezirksämtern und der Zentralverwaltung die Vorlegung von Ueber-sichten über die zum 31. März in Aussicht genommenen Kündigungen einzufordern. Es soll dann auch ein Ausgleich des Personalstands zwischen den einzelnen Bezirken und zwischen der Zentralverwaltung und den Bezirken erfolgen.

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure (ADB) im Verein deutscher Ingenieure (Berlin NW 7, Commerstr. 4a) wird auch in diesem Winter wieder eine Reihe von Vorträgen veranstalten. Die für alle, die an der Lösung unserer heimischen Produktion durch wirtschaftliche Betriebsgestaltung ein Interesse haben, viel wünschenswertes bringen wird. Die Veranstaltung umfasst folgende Vorträge: Renzler Erläuterung an auf arbeitstechnischem Gebiet, Prof. Dr. Sackenberg, 8. 2. 24. Betriebsingenieur aus Nordamerika, Obering. Zeiser, 15. 2. 24. (Nacht aus-nahmezeit im Ingenieurhaus, Commerstr. 4a, Hall). Die Arbeiten zur Betriebsgestaltung der Zahnnormen, Dr. Ing. Bauerfeld, 28. 2. 24. Nach welchen Gesichtspunkten wird eine Vorkalkulation für Geschäftsbau-gebäude, Obering. Dechner, 18. 3. 24. Die Raubdruckmaschinen des Sims (Sim-Vertrau) Ing. Tzan, 15. 4. 24. Eintrittspreise für die fünf Sonderabende 4 M., Einzelperson 1 M. — Ferner bezieht ein Beitragsscheine: Spanische Aermung am 20. 2. 24, 11. 3. 24, 25. 3. 24, 8. 4. 24, 29. 4. 24. Die Beiträge finden je abends 7.30 Uhr in der Technischen Hochschule, Charlottenburg, Berliner Str. 170 (Rabe-Raum), Erweiterungsbau, Saal 301, statt. Teilnahmekarten sind jeweils an der Abendkasse erhältlich.

Der Spezialklub belgischer Riesen- und Hermelin-Rennschlitten. Ein Rennklub, veranstaltet am Sonnabend, den 2. und Sonntag, den 3. Februar, in der Berliner Rind-Bräuererei, Reudün, Hermannstr. 214/219, eine große Raminahausausstellung verbunden mit Beljmodenschau und Verlosung von Rastelkarten.

Raubüberfall auf ein Postamt in Pommern. Zwölf Männer, die sich durch Masken und geschwärmte Gesichter unkenntlich gemacht hatten und mit Revolvern und Handgranaten versehen waren überfielen das Hebron-Dammiger Postamt. Während vier vor dem Gebäude Wache hielten, sperrten die übrigen die anwesenden Beamten in die Postkammer, wo sie durch Revolver in Schach gehalten wurden. Die Banditen rissen nun sämtliche Behälter auf und entwendeten 4000 Goldmark und eine Menge Postwertzeichen. Was ihnen des Mitnehmers nicht wert erschien, zerstörten sie. Schupo und Landjäger stellten die Räuber im Z-pawer Fort. Bei dem sich entwickelnden Kampfe wurden vier der Banditen schwer verletzt. Einer von ihnen erlag seinen Wunden. Sämtliche Räuber sind Familiennäher aus Berlin.

Bergwerkungslid. Aus Hakeborn (Kreis Wanzleben) wird gemeldet, daß in der dortigen Kohlengrube vier Bergleute verunglückt wurden. Zwei konnten gerettet werden, die beiden anderen erstickten.

Sport.

Der Stand des Sechstagerrenns.

Die 3-Uhr-Nachmittagswertung.

Die Nachmittagswertung, die in den ersten Tagen des Rennens immer nur bei sehr schwachem Besuch vorgenommen wurde, hatte gestern einen größeren Besucherkreis angezogen. John Runden vor Beginn der Wertung führte der Amerikaner Hanley. Bei Wertungsbeginn liegt Mäurer, der über eine gute Ausdauer zu verfügen scheint, vorn. Das Bild verändert sich bis zur fünften Runde des ersten Spurts gar nicht. Wälich führt Hanley an zu spüren, Saldow und Bauer jagen nach. Und hier zeigt es sich wieder, daß Bauer und Saldow über eine gute Fahr-technik verfügen. Bauer passiert das Zielband als erster. Im zweiten Spurt hat Golle die Führung und muß gegen Saldow für die Beibehaltung des ersten Platzes schwer kämpfen, doch kann er den Sieg für sich beanspruchen. Der dritte Spurt verläuft weniger interessant. Saldow sichert sich vor Bauer den ersten Platz. Der vierte Spurt bringt wieder einen äußerst interessanten Kampf zwischen Golle und Lorenz. Unter dem Beifall des Publikums erntet auch bei dieser Wertung Golle wieder den Sieg. Nach Ausfahren des vierten Spurts wird das Rennen auf kurze Zeit neutralisiert. Bauer, Kaiser und Tich sind an einer Kurve zu Fall gekommen. Erreichterweise lief dieser keine Massensturz ohne besonderen Schaden für die Beteiligten ab. Der fünfte Spurt zeigt Bauer vor Saldow.

Der Stand des Rennens

nach der 3-Uhr-Wertung ist nunmehr der folgende: Lorenz — Saldow 119, Bauer — Krupat 104, Lehmer — Stellbrink 46, Hahn — Tich 40. Die Mannschaft Golle — Kohl, Reinas — Stolz und Manthey — Stabe liegen je eine Runde zurück. Häßler — Ort liegen zwei Runden zurück. Zurückgelegt waren bis zur 67. Stunde (9. Wertung 3 Uhr nachmittags) 1838,055 Kilometer.

10-Uhr-Nachwertung.

Eintönig zieht sich das Rennen während der Spätabendstunden hin. Gegen 10 Uhr abends kommen erst die spannenden Augenblicke. Zwei Gladienkämpfe — die 10-Uhr-Wertung beginnt. Der erste Spurt: Bis zur dritten Runde führt Stolz, dann schießt Kohl vor, doch ist Saldow stärker und belegt den ersten Platz. Bauer, Kohl und Stellbrink folgen. Der zweite Spurt zeigt schöne sportliche Kämpfe. Lorenz wird ganz knapp vor dem Ziel von Taylor geschlagen. Im dritten Spurt führt Bauer in schneidiger Form, wogegen Saldow nicht antommen kann. Er nimmt den zweiten Platz vor Stellbrink ein. Der vierte Spurt bringt den tapfer fahrenden Golle als ersten durchs Ziel vor Lehmer, Lorenz und Krupat. Beim fünften Spurt der zehnten Wertung nimmt der Amerikaner Hanley den ersten Platz vor Bauer, Hahn und Saldow ein. Der Stand des Rennens nach der 10-Uhr-Nachwertung (73. Stunde) ist nunmehr der folgende: Saldow — Lorenz 183, Bauer — Krupat 117, Lehmer — Stellbrink 53, Hahn — Tich 42 Punkte. Folgende Mannschaften sind eine Runde zurück: Kohl — Golle, Reinas — Stolz und Manthey — Stabe. Zwei Runden zurück liegt die Mannschaft Häßler — Ort. Zurückgelegt sind bis dahin 2037,500 Kilometer. — Gleich nach der 10-Uhr-Wertung unter-nimmt Hahn einen Vorkost. Das ganze Haus gerät in Aufruhr. Wieder gibt es Johlen und Pfeifen. Der schneidige Ausreißer ist fertig, eine halbe Runde aufgehoben. Doch ist Saldow drei hinterher, und bald ist der Kampf beendet. Einige nicht ernst gemeinte Vorkosts folgen noch und dann setzt sich das Rennen ein-tönig fort.

Groß-Berliner Darteinrichtungen

Sozialistische-wissenschaftliche Diskussionsabende für Beamte Köpfe Bildung Sonnabend, den 2. Februar, 8 Uhr, Juristische Sprachschule, Lindenstr. 2, Themen: Schule und Sozialismus.

4. Kreis-Vereinsabend. Sonntag, den 3. Februar, nachm. 3 Uhr, Urania-Verein, „Eine Reise nach Indien.“ Karten 4 1/2 Pf., Abt. bei den Vereinstagungen und an der Kasse erhältlich.

6. Kreis-Arbeitsabend. Sitzung der Beamtenabende der Abteilungen Sonnabend, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Ruben, Röhrenstr. 17, 1. Etage. Jede Abteilung muß berichten sein, da wichtige Tagesfragen.

8. Kreis-Winterabend. Die Karten für den gemeinsamen Vorkostabend der Arbeitshilfsvereine in Schöneberg sind bis Montag nachmittag bei den Vereinstagungen, Lindenstr. 2, erhältlich. Der nicht abgeholte Rest bei den Konten aber bei den Vereinstagungen.

74. Rot-Platzabend. Sonntag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, Lindenpark, Berliner Straße, oberer Saal. Winterferienverlosung. Tagesordnung: Wählen der Delegierten zum Bezirksparteitag und Reichsparteitag. Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag. Zutritt nur für Mitglieder gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches.

Annahme der preussischen Grundsteuer

Das sozialdemokratische Dänenabkommen.

Im Landtag wurde die

Beratung der Grundsteuer

fortgesetzt.

Abg. Schmeiser (Z.) bezeichnet die steuerliche Belastung der Landwirtschaft als viel zu hart. Vor allem müsse für die Veranlagung eine neue, gerechtere Bewertung der Grundstücke eintreten. Der Redner beantragt, die Veranlagung möge unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Zustandes und der gegenwärtigen Zweckbestimmung der Grundstücke nach dem Ertragswert von 1917/1919 erfolgen.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf

versichert in seiner Erwiderung auf einzelne Bemerkungen des Redners, kein einziger Beamter habe jemals aus Grundstücksbesitzern der Domäne Dahlen einen Pfennig Provision erhalten. Die Verwaltung der Domänen und Forsten werde möglichst vereinfacht. Die gegen die Forstverwaltung wegen ihrer

Preis bei Holzverkäufen

gerichteten Angriffe seien nicht zutreffend.

Abg. Conradi (Dnat.) wendet sich gegen die Vorträge. Durch die Steuerpolitik der Regierung und der Linksparteien ziehe sich wie ein roter Faden

der Haß gegen alles, was Bestß heißt.

Darunter hätten besonders die Hausbesitzer gelitten.

Abg. Schölich (Soz.) begründet einen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage in dem Punkt, daß die Zuschläge auf 200 Proz. begrenzt werden. Der Ausschuß hat die Grenze auf 150 Proz. herabgesetzt.

Abg. Weiermann (Dem.): Als Bauer kenne ich am besten die Notlage der kleinen und mittleren Bauern. Wir haben uns schweren Herzens entschlossen, dennoch für die Steuer zu stimmen.

Abg. Dr. Leibig (D. Sp.) spricht sich gegen den Änderungsantrag Schölich aus.

Abg. König-Weiskopf (Komm.) bezeichnet die Haltung der Reichspartei als eine Verletzung bodenreformerscher Grundsätze. Damit schließt die allgemeine Zustimmung.

In namentlicher Abstimmung wird die Grundsteuerreformordnung mit 206 gegen 110 Stimmen bei einer Stimmenthaltung genehmigt. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Kommunisten, Deutschhannoveraner und die Wirtschaftspartei.

Dann kommt die

Ausschussvorlage zur Änderung der Verordnung

zur zweiten Beratung. Sie will bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken im Werte bis zu 200000 Mark den monatlichen Steuerbetrag für je 1000 Mark Grundstückswert kaffen auf 10 Pf. für die ersten 10000 Mark des Wertes der Wirtschaftseinheit, 15 Pf. für die nächsten 30000 Mark, 20 Pf. für die nächsten 60000 Mark, 25 Pf. über 100000 Mark des Wertes; bei allen übrigen Grundstücken 25 Pf.

Staatssekretär Dr. Weber: Bei Annahme des deutschnationalen Antrages würde der Staat aus der Grundsteuer

fast der veranschlagten 330 Millionen nur 47 Millionen,

bei der ursprünglichen Fassung dieses Antrages sogar nur 28,4 Millionen erhalten. (Hört, hört!) Die Freilassung aller Grundstücke bis zum Wert von 50000 M. würde bedeuten, daß Leute, die in der Vorkriegszeit 3500 M. Wohnungsmiete zahlten, steuerfrei bleiben, aber die Bewohner kleiner Wohnungen in großen Häusern würden Grundsteuer zahlen müssen.

Abg. Schul-Neukölln (Komm.)

Der deutschnationalen Antrag ist ein demagogisches Wahlmanöver, aber wir werden aus sachlichen (!) Gründen im Interesse der Kleinbauern doch für ihn stimmen.

Der deutschnationalen Antrag wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 89 Stimmen abgelehnt.

Ein weiterer deutschnationaler Antrag, der vermieste oder verpachtete Grundstücke von der Steuer befreien will, wenn der auf den Mieter oder Pächter entfallende Anteil nicht eingezogen werden kann, wird mit 184 gegen 135 Stimmen abgelehnt.

Die Ausschussvorlage begrenzt durch eine Sollbestimmung

die Gemeindeforschläge auf 150 Proz.

Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.) verlangt die Umwandlung der Sollvorschrift in eine Mustervorschrift und beantragt, daß die Grenze auf 100 Proz. herabgesetzt wird.

Abg. Dr. Leibig (D. Sp.) widerspricht dem Antrag im Interesse der kleinen, leistungsschwachen Gemeinden.

Der deutschnationalen Antrag und ein sozialdemokratischer Antrag, die Grenze auf 200 Proz. heraufzusetzen, werden mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt.

Ein deutschnationaler Antrag, wonach vom 1. April 1924 ab die Gemeinden nur nach den Bestimmungen dieses Gesetzes Grundsteuern erheben dürfen, wird mit 207 gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Nach Ablehnung mehrerer Änderungsanträge wird die Grundsteuer in der Fassung der Ausschussvorlage in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 104 Stimmen angenommen.

Dann wird die Besprechung der deutschnationalen großen Anfrage über

die dänische Grenzfrage,

die am 26. Januar abgebrochen wurde, fortgesetzt.

Ministerpräsident Braun:

Die Art, wie der deutschnationalen Abg. Milberg die deutschdänische Grenzfrage in der letzten Aussprache über diese Frage behandelt hat, ist nicht dazu angetan, die einheitliche Abwehrfront gegenüber chauvinistischen Bestrebungen zu stärken, sondern es wurde damit das höhere nationale Interesse dem parteiagitorischen Wahlinteresse geopfert. (Beifall b. d. Soz., Unruhe rechts.) Es ist nicht meine Aufgabe als Ministerpräsident zu dem Abkommen Stellung zu nehmen, das am 26. November 1923 zwischen den Vertretern der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie abgeschlossen worden ist. Soweit es Staatsinteressen berührt, werde ich mich dazu äußern. Das Abkommen kann nicht im geringsten etwas an der Stellung ändern, die ich in meiner Rede vom 6. Juli 1923 klar und eindeutig zur dänischen Grenzfrage eingenommen habe. Soweit die Tendenz des Abkommens gegen den dänischen Chauvinismus gerichtet ist, billige ich sie durchaus.

Ich halte es für zweckmäßiger, sich auf dem Boden der Völkerverständigung zu treffen, als durch Völkerverehrung Parteigeschäfte zu machen.

(Beifall b. d. Soz.) Der Vorlaut der Kundgebung kam zu Mißdeutungen führen. Es ist da die Rede von einer „vereinbarten“ Grenze. Abg. Bartels hat das als eine fehlerhafte Wortstellung erklärt. Bei Kundgebungen von so großer politischer Tragweite sollte man solche Fehler vermeiden. Von einer „vereinbarten“ dänischen Grenze kann nicht die Rede sein. Die gesetzlich festgelegte Grenze müssen auch wir anerkennen. Vom staatsrechtlichen Gesichtspunkt aus muß ich sie anerkennen, vom Gesichtspunkt der Moralität aus kann ich sie ebensowenig anerkennen wie die übrigen Grenzen, die uns durch den Versailler Vertrag aufgezwungen worden sind. Uns ist damit Unrecht angetan worden. Die verleumdlichen Unterstellungen, die aus Anlaß dieses Abkommens der Sozialdemokratischen Partei gemacht worden sind, sind durchaus nicht bewiesen. Ich kann nur wiederholen, was ich am 6. Juli ausgeführt habe: Wir wollen mit Dänemark in Freundschaft leben, aber wir verlangen gerade aus diesem Grunde, daß die verantwortlichen Stellen in Dänemark den unverantwortlichen chauvinistischen Kreisen in Dänemark das Handwerk legen. Das ist auch heute mein Standpunkt. Durch verheerenden Chauvinismus die Seite der Grenze stärkt man den jenseits der Grenze. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Schwering (Z.): Grundständig muß es verurteilt werden, wenn unverantwortliche Parteinstanzen (!) und Organisationen internationale Verhandlungen führen und Vereinbarungen treffen, die nur den verantwortlichen Stellen des Staates vorbehalten sein sollten. Den Chauvinismus lehnen auch wir ab; aber der Wille zur Völkerverständigung sollte endlich einmal auch vom Ausland dem deutschen Volke gegenüber bewiesen werden. (Beifall.) Mit dem vorliegenden Abkommen kann die dänische Sozialdemokratie und Dänemark zufrieden sein, nicht aber die deutsche Bevölkerung. Wir müssen verlangen, daß solche Vereinbarungen, wenn sie nötig sein sollten, den verantwortlichen Stellen überlassen bleiben. (Beifall l. Str.)

Nach dem Abg. Milberg (Dnat. Sp.) und Frau Voigt (D. Sp.) spricht

Innenminister Severing:

Bei der Behandlung dieser Fragen muß berücksichtigt werden, daß in Dänemark und den übrigen skandinavischen Ländern der französische Einfluß in letzter Zeit stark im Wachsen ist. Grundständig sehe ich auf dem Standpunkt, daß die Fragen der Außenpolitik nicht von wirtschaftlichen Organisationen und Parteien, sondern vom auswärtigen Amt erledigt werden sollten. Die gegen die Völkerverehrung gerichtete Tendenz billige ich durchaus, aber diejenigen, die das Abkommen abzuschließen haben, haben damit den Beweis ihrer Befähigung zum Diplomaten nicht erbracht. Die Einheitsfront, die wir bei dem wachsenden französischen Einfluß in Dänemark so dringend gebrauchen, wird dadurch geschwächt, daß von deutschnationaler Seite die größte deutsche Partei als vaterlandsverräterisch hingestellt wird. Diese Partei hat 1918 nicht den Bestand des Reiches gefährdet, sondern gerade

durch ihr Eingreifen den Bestand des Reiches aufrechterhalten.

(Widerpruch rechts.) Hätte die Sozialdemokratie damals nicht unter Opferung ihrer Parteinteressen eingegriffen, dann wäre es tatsächlich um den Bestand des Reiches geschehen gewesen. (Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Jürgensen (Soz.): Wegen des Abkommens ist gerade von französischer Seite Protest erhoben worden. Daraus ergibt sich schon, daß deutsche Interessen damit nicht verletzt sind. Andere Parteien brauchen sich nicht die Köpfe darüber zu zerbrechen, wie wir unsere Angelegenheiten regeln. (Rufe rechts: Es ist eine deutsche Frage!) Nein, es ist keine deutsche Frage, wie wir unsere Kassenangelegenheiten regeln. (Weh, hört, hört!) Wir haben nie rechnet, daß daselbst, was vor dem Kriege von der deutschen Sozialdemokratie ausländischen Bruderparteien an finanzieller Hilfe geleistet wurde, jetzt umgekehrt der deutschen Sozialdemokratie, wenn auch nicht in genügendem Umfang geleistet wird.

Damit ist die Aussprache erledigt.

Ein Ausschussantrag auf schleunige Erhöhung der Versorgungsgelöhne der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wird angenommen. Im 1/2 Uhr verläßt sich der Landtag auf Dienstag, den 19. Februar, 3 Uhr nachmittags.

Sozialversicherung und Sparkommission.

Der Sozialpolitische Ausschuß sah auf Antrag des Berichterstatters Dr. Thissen über Fragen der sozialen Versicherung einstimmig folgenden Beschluß:

„Der Sparauschuss bereitet für die Träger der Reichsversicherung (Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsanstalten, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte) und die Versicherungsbehörden einen Reorganisationsplan vor, dessen Durchführung die Aufhebung der bisherigen Organisation des sozialen Versicherungswesens zugunsten einer völlig neuen bedeuten würde. In den bekannt gemordenen Grundzügen geht die neue Organisation, indem sie die Stellung der Vertreter der Versicherten und ihrer Arbeitgeber im Versicherungswesen aufs Schwerste zu beeinträchtigen droht, zweifellos über die zunächst das öffentliche Behördensystem und das öffentliche Beamtenwesen betreffende Reformausgabe des Sparauschusses hinaus. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, so bereitwillig sie sich in den Dienst der von ihnen längst geforderten Vereinfachung und Verebilligung des durch die deutsche Staats- und Wirtschaftsnote hart betroffenen Versicherungswesens stellen werden, erheben Anspruch darauf, daß amtliche Pläne der bezeichneten Art nicht ohne Prüfungnahme mit ihren Interessen und ihren Anschauungen verwirklicht werden. Auf die Billigung und erst recht bei der späteren praktischen Durchführung unentbehrliche Mitwirkung jener Kreise können nur solche Änderungen und Neuschöpfungen im System der Reichsversicherung rechnen, die sich von jedem Experiment freihalten, die den bisherigen Einrichtungen an Wirtschaftlichkeit und Einfachheit nachweislich überlegen sind und die, wenn sie schon keine Formen verändern mögen, das Selbstverwaltungsrecht der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer grundsätzlich ungeschwächt lassen. — Von dem Reichsarbeitsminister erwartet der sozialpolitische Ausschuß bestimmt, daß er zu grundlegenden Änderungen im System der Reichsversicherung frühzeitig gehört und in den Stand gesetzt werde, sachdienliche Vorschläge für die Umgestaltung der Versicherung zu machen.“

In der Frage der Erwerbslosenfürsorge wurde den Anträgen der Arbeitgeber auf Aufrechterhaltung der Erwerbslosenfürsorge mit Arbeitspflicht und Notstandsarbeiten, unter grundsätzlicher Einschränkung der Kurzarbeiterunterstützung zugestimmt, wie der Bildung besonderer Gefahrenklassen für die Landwirtschaft und die Hausgehilfen. Ebenso einer Reihe von Anträgen der Arbeitnehmer, wonach die Masse der Erwerbslosen nicht ohne eine Unterstützung bleiben darf, die ihnen wenigstens die Fristen des Lebens ermöglicht. Die Verwaltungsaufgaben des öffentlichen Arbeitsnachweiswesens zugunsten der Anforderungen der Erwerbslosenfürsorge sollen auf das unbedingt notwendige Maß eingeschränkt werden. Der Erwerbslosenfürsorge müssen weitere Mittel zugeführt werden und sie muß durch Notstandsarbeiten und die produktive Fürsorge in größerem Umfang entlastet werden. Notwendig ist: a) die Heranziehung der Arbeitnehmer zu mehr als 1800 Goldmark Einnahmen und deren Arbeitgeber zur Beitragszahlung; b) die Heranziehung der Arbeitgeber zur Fortzahlung der vollen Beiträge für die von ihnen bei Betriebseinschränkung entlassenen Arbeitnehmer; c) die Aufhebung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge nach Vollarbeit und Kurzarbeit, mit der Maßgabe, daß für Kurzarbeit ermäßigte Beiträge erhoben werden. — Der Sozialpolitische Ausschuß empfiehlt dem Reichsarbeitsministerium die Herausgabe von Ausführungsbestimmungen, in den a) die Zahl der von einem Erwerbslosen verlangten Pflichtarbeitsstunden ohne weiteres Entgelt auf 12 pro Woche oder 2 pro Tag beschränkt wird, b) für weitere geleistete Arbeitsstunden die Gewährung eines Zuschusses von mindestens 30 Prozent der auf eine Arbeitsstunde entfallenden Unterstützung vorgeschrieben wird, c) für besondere Arbeitsleistungen, vor allem bei Beschäftigung von Arbeitnehmern in ihrem eigenen oder ausübenden Berufe eine besondere Arbeitsprämie zu gewähren ist. — Bei Auswahl der nach diesen Bestimmungen zu Arbeitspflichtleistungen heranzuziehenden Erwerbslosen ist auf Alter, Gesundheitsstand und Eignung gebührend Rücksicht zu nehmen. Bei Frauenarbeiten und sonstiger oder kalter Bitterung ist ausreichende Arbeitskleidung und Schutzwert ohne besonderes Entgelt zur Verfügung zu stellen. — Bei Unterstützung von Wohnungsbauteilen als Notstandsarbeiten ist darauf zu achten, daß eine tarifliche Regelung oder vertragliche Verständigung zwischen den ausübenden Gewerkschaften und den zuständigen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer über die den Facharbeitern zu gewährenden Entschädigungen erfolgt ist.

Jugendveranstaltungen.

heute, Sonnabend, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr:

Baumhäuserweg: Jugendheim Erbfritz 10, Mitgliederversammlung.

Werbegeld: Wehen im Jugendheim Wilmersdorf, Südgarbstraße 4, Funktionärsversammlung.

Morgen, Sonntag, den 3. Februar:

Karlshorst: Besuch der Ausstellung für Arbeitsbeschäftigung. Treffpunkt 12 1/2 Uhr Bahnhof Karlshorst. — Neu-Lichtenberg: Wanderung Nuthausen. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Neu-Lichtenberg. — Lichtenberg: Werksbesichtigungsfahrt. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Botanischer Garten. — Köpenick: Wanderung: Potsdam-Königsplatz-Brandenburg. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Köpenick. — Steglitz: 1 u. 2. Beobachtungsreise. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Steglitz. — Wannsee: Werksbesichtigungs- und Kinderbesuch. Treffpunkt 10 Uhr Bahnhof Zehlendorf. — Schöneberg: Das Jugendheim Wehen Sonntagvormittag.

Abteilung Gesundheitswesen in der Aula der weiblichen Schule, Oetenburger Str. 2, abends 7 1/2 Uhr. Kaufabend zur Unterstützung der notleidenden Kinder. Programm: Musik — Gesang — Regalitäten — Tanz. Eintritt frei!

WEISSE WOCHE

Heute Vorverkauf

MERMANNTIETZ

LEIPZIGER STRASSE — ALEXANDERPLATZ — FRANKFURTER ALLEE

UNSERE NEUEN GOLDMARKKPREISE

KOLIBRI NR. 5	3 Pfg.	ORPLID grün	5 Pfg.
MIKRULI	3 Pfg.	ORPLID rot	6 Pfg.
DUBEC BASMA NR. 12	4 Pfg.	ACO	8 Pfg.
CONSTANTIN NR. 23	4 Pfg.	LEVANTEBLUME	8 Pfg.
REITSCHULE	4 Pfg.	SOFTA	10 Pfg.
CONSTANTIN DER GROSSE		12 Pfg.	

ermöglichen heute jedem Raucher — auch dem verwöhntesten — den Genuß unserer bekannten Marken, denen er schon früher ihrer Güte wegen den Vorzug gegeben hat.

← IN JEDEM ZIGAREN-SPEZIALGESCHÄFT ERHÄLTlich →

CIGARETTENFABRIK CONSTANTIN HANNOVER

Ungeachtet der teueren Lederpreise

bringen wir unserer werten Kundschaft nach wie vor gute Ware zu billigen Preisen ohne Rücksicht auf die Wiederbeschaffungskosten

Herrenstiefel mit Doppelsohlen, echt Rindbox, kräftige Winterstiefel	12 ⁸⁰
Herrenstiefel aus Hand genäht, echt Boxcall u. Rindbox, mod. spitze u. runde Form	14 ⁸⁰
Herren-Schaftstiefel gute Kernsohlen	10 ⁹⁰

Altenhautschuhe, die grosse Mode, in verschiedenen Sorten	4 ⁸⁰
Sportstiefel, allererste Fabrikate, in grosser Auswahl, bei uns billig.	
Kinderstiefel, braun und schwarz, erstklassige Fabrikate, billig.	

Herren-Stiefel genarbt, Spallleder, kräftige Arbeitsstiefel	6 ⁹⁰
Damen-Schnür- und Spangenschuhe verschiedene Ledersorten, teils m. Louis XV.-Ausätzen, moderna, schicke Formen	
Herren-Stiefel echt Rindbox mit Lederbrandsohlen, moderne breite Form	8 ⁹⁰
Damen-Halbschuhe echt K'Chevreau, moderne, spitze Form, sehr gutes Fabrikat, neuer Schnitt	

Grossdetail

Schuh-Lokal

Münzstrasse 25
Frankfurter Allee 54
Neu eröffnet:
Hollbuser Damm 13

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7: Don Giovanni
Opernhaus am Königplatz
7 1/2: Die lust. Weiber
Schauspielhaus
8 U.: Die Empörung d. Lucius
Schiller-Theater
7 1/2: D. Söldnerstolz
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr:
Scherz, Satire, Ironie und tiefer Bedeutung
Kammerspiele
7 1/2 Uhr:
zum ersten Male:
Der Nephew
Theater L. d. Königgrätzerstr.
8: Die Dame mit d. Scheidungsgrund
Komödienhaus
8: Die Kleine vom Varieté
Berliner Theater
7:30 Uhr: DOLLY
Th. L. Administrationspalast
Abendlich 7 1/2 U.:
Draufser drüber
Sg. 8 1/2 U. bei 81 Pr.
Ein Wassertraum
Deutsch-Opernhaus
7 1/2: Troubadour
Blech, Budanowicz
Vera Schwarz
Intimes Theater
8: Der Hinduprinz
Der Schrei usw.
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Marietta
Operette v. Kollo
Neues Theat. s. Zoo
7 1/2 Uhr:
LILLY FLOHR in
Meine Tochter Otte
Heute ausverkauft!
Der st. Zehn ist fertig
Neues Volkstheater
8 Uhr: Der Graf
von Luxemburg
Renaissance-Theat.
8: Die kindlichen
Verlobten
Thalia-Theater
7 1/2 U.: Frasquita
Operette von Lehár
Kam.-S. Jadowker,
Martha Serak
Theat. d. Kommandanten
7 1/2 Uhr: Die Post-
meisterin
Volkstüm. Preise!
Waller-Theater
8 U.: Sprung l. d. Ehe
mit Leo Peukert
Lustspielhaus
8 Uhr
Hebeneinander
Central-Theater
Alte Jakobstr. 3
Tägl. 8 Uhr:
Die Novität:
Der dumme
August
Operette in 3 Akten

Große Volksoper im Theater des Westens

7 1/2 Uhr: Die Fledermaus
Neues Operetten-Theater
Der Guldo 7 1/2 Uhr
Thielscher
ebemann
Schwank L. A. v. Fr. Arnold a. E. Bach
Guldo Thielscher, Else Bäck, Heria
Bartz, Hedda Neuhoff, Julius Brandt
Fritz Delius, Richard Ludwig

Apollo-Theater
7 1/2 Uhr: James Klein 7 1/2 Uhr
Das weltliche Schauspiel:
Volk und Krone
I. Teil aus
Em. Ludwigs
Bismarck-Trilogie
Ueber 300 Mitwirkende!
Vorgestellt v. d. Intendant. Wilmshausen

Erfolg haben Inzerate im Vorwärts

WINTERSPORTEN
Varieté-Spielplan
Raucher-ENTERTAINMENT
Th. s. K. O. 19. Tor
Tägl. 7 1/2 U.
s. Sonntag nach-
mittags 3 Uhr:
ELITE-
Sänger
Das neue
Februar-
Progr.!

Reste-Haus C. Pelz
Kollbuser Str. 5
Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mäntel, Kostüme
Röcke
2% Rabatt!

Walhalla
Theater
Weinbergsweg
15 Welt-
attraktionen
Kollbuserstr. 14
Tägl. 7 1/2 U.
u. Sonntag 3 U.
Stettiner
Sänger

Qualitäts-Marken

seit 40 Jahren Spezialität
Conrad Müller,
Schkeuditz-Leipzig

Altes Spezialgeschäft in Kamelhaar-Schul-Relie-Deden
Erstklassige Strümpfen
Strümpfe
Gehbrüder
Pillmann
Berlin SW,
Friedrichstr. 205
Ed. Altmannstr.

Schokoladen
Seltene günstige Angebote!!!
Palke, behält. mild. Mokka 0.30 Pf.
Wichmann, Rosenbergl. 0.27 Pf.
Hoffmann, Trumpl. Cervusa Milch
Karamzki, Bernh. K. K. 1.20
In 1/2 Pf. Verpackung
Kaczmarek & Haltner
Schokolad.-Großhdlg., Franzstr. 6

Billigste Preise und größte Auswahl!
Engl. Leder-Gestreifte
Breeches-
Knaben-
Blaue Arbeits-Anzüge
Blaue Einseunungs-Anzüge 22.-
München-
Gladbacher
Hosen-Zentrale
NW 87, Beusselstr. 39, am Ringbahn-
Fahrgeleitvergütung

Neue Welt
Inhaber: A. Scholz Hasenheide 105-114
Täglich
BOCKBIER-FEST
In den bayerischen Alpen
8 Kapellen • Bayerische Mad'l • Rutschbahn
Jeden Dienstag, Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag
♦ Großer Alpenball ♦
Einst. Wochent. 6 Uhr Ant. Wochent. 7 Uhr
Sonntags 3 Sonntags 4
Voranzeige! Dienstag, den 5. Februar!
Große Ochsenbraterei

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Montag, den 4. Februar, nachmittags
4 1/2 Uhr, im Verbandshaus (Süding-
wall), Lindenstraße 83/85:
Branchenversammlung
aller Arbeiter und Arbeiterinnen,
welche in Druck- und Buchdruck-
betrieben tätig sind.
Tagesordnung: 1. Vortrag des
Kollegen Koch über den Fortschritt der
Arbeiter 2. Branchenangelegenheiten.
3. Verhandlungsangelegenheiten

Wichtig! Metallarbeiter Wichtige!
Wichtig! Metallarbeiter Wichtige!
Wichtig! Metallarbeiter Wichtige!

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei
Eingetragene Genossenschaft in beider. Stellung
Reinholden-Gr. Wilkestr. 62
Sonnabend, den 16. Februar, im Rauten-
berg-Biererei: 100/110
Generalversammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes
und Aufsichtsrates. 2. V. über den Bilanz
u. Bericht über die Tätigkeit d. Vorstandes
u. Aufsichtsrates. 3. Bericht d. Aufsichtsrates
u. Bilanz. 4. Bericht d. Aufsichtsrates
u. Bilanz. 5. Bericht d. Aufsichtsrates
u. Bilanz. 6. Bericht d. Aufsichtsrates
u. Bilanz. 7. Bericht d. Aufsichtsrates
u. Bilanz. 8. Bericht d. Aufsichtsrates
u. Bilanz. 9. Bericht d. Aufsichtsrates
u. Bilanz. 10. Bericht d. Aufsichtsrates
u. Bilanz.

Rheumatismus
Gicht, Ischias, Nerven-
und
Erkältungsschmerzen sind sofort
wirkungslos ein Natur-
produkt
Electricum
aus
München
aus
München
aus
München

Garderoben
in guten Qualitäten
auf Teilzahlung
zu sehr billigen Preisen
bei kleiner An-
und Abzahlung
Herren-Damen-
Anzüge
Mäntel
Paletots
Kleider
Cutaways
Kostüme
gestr. Hosen
Jacken
Ersatz für Maß
BEISER
Lothringer Straße 67

Milliarden sparen Sie

bei ERICH SCHULZ
Neukölln, Kals.-Friedr.-Str. 220
an der Weichselstr.
Für den Winter: Strumpfwaren, Kin-
dertrikots, Trikots, Kinderwoll-
waren, Wollwaren, Damen-Schleier,
Wolle, Nährwaren.

Verkäufe
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Stellenangebote
Stellenangebote

Fahrräder
Wohlfühl-Bike
Wohlfühl-Bike
Wohlfühl-Bike

Möbel
Bettstellen, Couchen, Stühle
Bettstellen, Couchen, Stühle
Bettstellen, Couchen, Stühle

Musikinstrumente
Violen, Violinen, Klavierschüler
Violen, Violinen, Klavierschüler
Violen, Violinen, Klavierschüler

Kaufgesuche
Schallplatten, sechsstimmig, abge-
spielt, Aila 1.00, sehr schön, be-
sondere 8.
Fahrräder sucht Lindenstraße 14.

Verschiedenes
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Gesucht
zum baldigen Eintritt für ein sozial-
demokratisches Parteiuunternehmen ein
kaufmännischer Geschäftsführer
Derselbe muß Instande sein, die kauf-
männische Leitung einer größeren
Büchdruckerei und Verlagsanstalt selbst-
ständig übernehmen zu können. Be-
werbungen mit Angabe der bisherigen
Tätigkeit und Gehaltsansprüche sind
zu richten an die Hauptexpedition des
„Vorwärts“ unter A. 27. 187/12

Vorarbeiter
Gute Wohnung vorhanden
Gebr. Niendorf, Pianofabrik A.G.
Luckenwalde
Sofort a. spitzens
L. W. gesucht
Lokalredakteur
für Vorwärts, Der
Strolach, der auch
Berichterst. i. Theater
übernehmen kann. Be-
werbung zu richt. an
Hauptexpedit., 3. B.
Nordh. Str. 1 und
an den Reichs. 6.

Bote
14 bis 15 Jahre, stellt sofort ein
Vorwärts-Verlag, Lindenstr. 3
(Laden)